

Annoncen-Bureau:  
In Polen  
außer in der Expedition  
Bei Gruppusch (C. L. Ulrich & Co.)  
Breslau 14;  
in Griechen  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Kurtz- u. Friedr.-Ges.;  
zu Graz bei Herrn L. Kretschmer;  
in Frankfurt a. M.;  
S. L. Paule & Co.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Ausnahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, B. G. Teubner  
Johann Peter  
in Berlin, Dresden  
Frankfurt a. M., Leipzig, Bamberg  
Wien u. Salzburg  
Hannover & Bremen  
in Berlin  
A. Klemm, Schleswig  
in Bremen: Emil Falck.

Nr. 790.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt kostet vierzehnthalb für die Stadt  
Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Zhl. 24 Groschen  
Abonnementen nehmen alle Buchhändler und Verleger.

Mittwoch, 11. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Zeitung 2 Thlr. bis ins Ausland verhältnismäßig höher, nach an die  
Reisekosten geziert und werden für die am folgenden  
Tag Morgen 8 Uhr erscheinende Ausgabe 1 Thlr. 24 Groschen  
Wochentag abgenommen.

1874.

## Amtliches.

Berlin, 9. November. Der König hat dem Kaufmann und Hoflieferanten Eduard Adolph Richard Wulffenhauer zu Stettin den Charakter als Kommissionsrat verliehen; der Wahl des Oberlehrers Dr. Anton Goeritz am Matthias-Gymnasium in Breslau zum Direktor des Gymnasiums in Potsdam die Alerhöchste Belästigung ertheilt, sowie der von der Stadtverordneten Versammlung zu Briesen getroffenen Wahl gemäß den bish. ersten Beigeordneten dasselbst, Kaufmann Matthias Johannes Lips, wiederum als ersten, und den Dekonomen und Müller Martin Raber dasselbst als zweiten unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Briesen auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Die Ernennung des Gymnasiallehrers Robert Hammermann in Landsberg a. W. zum Oberlehrer am Progymnasium in Fürstenwalde ist genehmigt. Der Rechtsanwalt und Notar Kneifel in Gleiwitz zum Rechtsanwalt bei dem Appell. Ger. in Katzbach, unter Belassung des Notariats im Departement derselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Katzbach, ernannt worden.

## Aus dem Reichstage.

BAC. Berlin, 9. November. Die Arbeiten in den Commissionen des Reichstages, den von diesem selber eingestellten, wie den sogenannten „freien Commissionen“, nehmen einen raschen Fortgang. Die zur Beratung des Markenschutzgesetzes zusammengetretenen Mitglieder haben sich über verschiedene an demselben anzubringende Verbesserungen verständigt, und es ist zu erwarten, daß die zweite Lesung dieses Gesetzes im Plenum unter Zugrundelegung der in der freien Commission vereinbarten Amendmenten schnell gefördert werden wird. In der Commission, welcher die Gesetzentwürfe über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über die Einrichtung des Reichsbauungshofes zur Vorberatung überwiesen worden sind, ist man bisher auf keine Schwierigkeiten gestoßen; es ist deshalb anzunehmen, daß die Differenzen, welche sich etwa im Laufe der weiteren Beratung zwischen der Commission und der Regierung ergeben möchten, wenn nicht schon in der Commission selber, so doch jedenfalls bei der Plenarberatung ihre Ausgleichung finden werden, und daß diese wichtigen Gesetze in der gegenwärtigen Session endlich zu Stande kommen. Die Commission wird im Laufe der Woche jedenfalls mit der ersten Lesung zu Ende gelangen, so daß die Beschlüsse derselben diesmal frühzeitig an das Plenum gebracht werden können. Die ebenfalls bereits gewählte Budgetkommission wird sich mit dem Militäretat, dem Marineetat und dem Etat der Reichseisenbahnen zu beschäftigen haben; da die feste Absicht besteht, die Etatheratung mit aller Kraft zu fördern, so wird die Budgetkommission ohne Verzögern sich mit den ihr überwiesenen Etats befassen, um die Vorberatung derselben bis zu dem Zeitpunkt zu erledigen, wo der Reichstag selber die im Plenum behandelten Etats durchzuberathen hat. Mit jedem Tage wird es dagegen zweifelhafter, ob das Bankgesetz in dieser Session zu Stande kommen wird; nicht nur die verspätete Einbringung derselben, welche den Beginn der Beratung frühestens 14 Tage nach Eröffnung der Session gestattet, sondern auch die im Reichstage vorwiegende Auffassung, daß zunächst der Nachweis der Unmöglichkeit einer Reichsbank zu führen sei, weil erst dann der Regierungsentwurf der Spezialberatung zu Grunde gelegt werden könnte, während er im entgegengesetzten Falle, daß dieser Nachweis nicht geführt werden kann, einer gründlichen Umarbeitung beabsichtigt werden würde, läßt uns die Chancen für das Zustandekommen des Bankgesetzes nicht zu hoch bemessen. Auch von Seiten der unbedingten Anhänger des Entwurfs scheint diese Ansicht getheilt zu werden; wenigstens werden in Blättern, die sich in wirtschaftlichen Fragen einer gewissen Fühlung mit „maßgebenden Stellen“ befinden, plausibel Stimmen laut, welche gegen die Überweisung des Bankgesetzes an eine Kommission allerlei Einwendungen erheben, die sich, von dem stylischen Beinwerk entkleidet, in dem Satz zusammenfassen lassen: den Bankgesetzentwurf an eine Kommission verweisen, heißt denselben für diese Session befeitigen. Wir meinen, daß zu solchen Besorgnissen kein Grund vorhanden ist, falls auf Seiten der Mehrheit des Bundesrates dieselbe Unbefangenheit besteht, die sich der Reichstag vindizieren darf; wenn dagegen die Mehrheit des Bundesrates von vornherein entschlossen ist, die Vorschläge, welche der Reichstag in Betreff der Errichtung einer Reichsbank etwa machen möchte, als „unannehbar“ zu bezeichnen, so würden freilich jene Besorgnisse nicht ganz unbegründet sein. Der Umstand, daß derselbe laut werden, läßt in Anbetracht der Stellen, wo dies geschieht, kaum einen anderen Schluss zu, als daß in der That der Versuch gemacht werden soll, den Reichstag in eine Zwangslage zu versetzen, indem ihm für den Fall, daß er auf die Errichtung einer Reichsbank bestellt, im Vorauß die Schuld für das Nicht-Zustandekommen des Bankgesetzes zugeschoben wird. Zum Glück ist die öffentliche Meinung durch die vielfachen Erörterungen, welche die Bankfrage in der Presse, in Vereinen und Versammlungen erfahren hat, aufgeklärt genug, um sich durch derartige einseitige Darstellungen nicht einnehmen zu lassen.

## Deutschland.

Berlin, 10. November.

— [Wagner und Genossen.] Die Redaktion des sozialdemokratischen „Volksstaat“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Die Thatache, daß Herr Rudolf Meyer als Adlatus des Herrn Wagner auf dem Kathedersozialistenkongress in Eisenach erschienen ist, veranlaßt mich, Folgendes zu erklären: Gelegentlich

einer Polemik zwischen dem „Volksstaat“ und der von Meyer redigirten sozialsozialistischen „Berliner Revue“ richtete Herr Meyer ein Schreiben an mich, in welchem er erklärte, daß sein Blatt nicht aus dem Reichsstaatfonds unterstützt werde und das er nicht, wie der „Volksstaat“ behauptet, ein Agent Wagener sei. Herr Meyer gestand aber zu, daß er ein Schüler Wagener sei und stieg dem bei, daß er nach den Lasker'schen Entwicklungen Herrn Wagner selbst den Eselsfußtritt (wörtlich!) versezt habe. Der Brief kann auf Verlangen Herrs Meyer's wörtlich abgedruckt werden. Für den „Eselsfußtritt“ mag sich der „toote Löwe“ Wagner bei seinem jetzigen Adlatus bedanken. Sollte die von Bismarck und Wagner geplante sozialliberale Partei unter der Firma Rudolf Meyer wirklich ins Leben treten, so möge diese kleine Mittheitung dazu beitragen, daß deutsche Arbeiter sich weder von Bismarck's „Löwen“ noch von Wagner's „Eseln“ nasführen lassen.“ Mainz, 3. Nov. 1874. Der Thürige Wilhelm Bloß.

— [Presse.] Vom heutigen Tage ab erscheint unter Chefredaktion des Dr. A. Beßle täglich zwimal eine „Deutsche Allgemeine Correspondenz“, welche nach ihrem Programm wichtige Mittheilungen aus Berlin und Deutschland, kurze Reichs- und Landtagssberichte, regelmäßige Correspondenzen aus Frankreich, England, Spanien, Italien, Russland, Österreich, dem Orient u. s. w. enthalten soll. Mitarbeiter sind die früheren Redakteure und Korrespondenten der „Spenerischen Zeitung.“

— Der „Reichsanz.“ 263 publiziert das Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über das Post-Tarifer. Vom 3. November 1874 und die Verordnung über den Urlaub der Reichsbeamten und deren Stellvertretung. Vom 2. November 1874.

Aus dem Herzogthum Lauenburg, 6. November. Den neuesten Nachrichten zufolge dürfte die Einverleibung des Herzogthums in den preußischen Staat endlich der Vernirkung entgegengehen. Das königl. herzogl. Landratsamt hat in diesen Tagen im Auftrage des Staatsministeriums ein Ersuchungsschreiben an Ritter- und Landschaft gerichtet, in nächster Landtagssitzung aus ihrer Mitte ein Mitglied zu dem Zweck zu erwählen, eventuell bei den demnächstigen Verhandlungen der herzoglich lauenburgischen und der königl. preuß. Regierung hinzugezogen zu werden, um etwaige Wünsche der Landesvertretung bezüglich der Modalitäten der Einverleibung zur Sprache zu bringen. — Der Landtag ist auf den 16. d. Mts. einzuberufen.

Salzwedel, 9. Novbr. Der durch den Prozeß Küllmann in der größeren Öffentlichkeit bekannt gewordene katholische Pfarrer Stöhrmann hier ist am 8. Vormittags in Folge einer Halsentzündung und hinzutretenden Blutvergiftung gestorben. Die „Germ.“ läßt sich dazu folgendes schreiben: „Die geistige Aufregung, worin er sich seit Beginn der Küllmannaffäre nach meinen eigenen Beobachtungen befunden, hat ein Kopfleiden so sehr vermehrt, daß der Tod eintrat. Er ist sicherlich als ein bellagenswertes Opfer des schändlichsten „Kultursturmpfes“ zu betrachten.“ Er ist das Opfer der That eines Bosheits, der von den Ultramontanen fanatisch worden ist. Warum will die „Germania“ diesen Finger Gottes nicht sehen?!

Braunschweig, 7. Novbr. Der Herzog Wilhelm von Braunschweig hat den Obergerichtspräsidenten Dr. Trieps aus Wolfenbüttel zum Nachfolger des im Oktober e. verstorbenen Staatsministers v. Campe ernannt und demselben das Portefeuille der Justiz und des Kultus übertragen. Den Vorsitz im Staatsministerium übernimmt jedoch der bisherige Chef des Kultusdepartements, Geh. Rath Schulz. Dr. Trieps hat dem Herzog Wilhelm in der Regulirung des Nachlasses des Herzogs Karl von Braunschweig als Vertreter und Repräsentant in Genf gedient und hat demselben auch sonst als beständiger Privat-Mandatär des Herzogs die wichtigsten Dienste geleistet. Derselbe hat sich zur Übernahme des Portefeuilles bereit erklärt.

Elsass-Lothringen, 7. Novbr. Es sind kaum einige Wochen her, daß ein katholischer Priester wegen Beschimpfung der protestantischen Religion im Zuchtpolizeigericht in Mühlhausen zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt werden mußte. Und schon wieder hört man von einer ganz ähnlichen Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigericht in Saarbrücken. Ein katholischer Vikar Coriolanus von Obergrehheim wurde dorftselbst auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuches in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen verfallen. Zu beweisen ist, daß derselbe in der gerichtlichen Verhandlung sehr herausfordernd auftrat und in seiner Vertheidigung sich Äußerungen beigegeben ließ, welche ihm wiederholt den Ordensgruß des Präsidenten dazog. Schon diese letztere Thatade wirft ein trauriges Licht auf die Bildungsstufe dieser katholischen Eiferer. Sehr auffallend ist es, daß es lauter junge Geistliche sind, welche in solche, gelinde sagend, Verstöße nicht nur gegen wahres Christenthum, sondern die gewöhnlichsten Anstandsregeln zu Schulden kommen lassen. Die hier berührten zwei Fälle bilden einen Beitrag zu der auch in Deutschland mannigfach gemachten Erfahrung, daß die Heranbildung der jüngeren Generation des katholischen Clerus in der That viel zu wünschen übrig lässt. — Wie der Mon. d. M. meldet, hat am 4. d. in der hiesigen Kathedrale die feierliche Verkündigung des protestantischen Konistorialdeutschlands stattgefunden, inhalts dessen das Bistum Mez von jetzt an der geistlichen Jurisdicition des Erzbischofs von Béziers entzogen und dem heiligen Stuhl direkt unterstellt wird. Vertreter des Dekrets war der Abbé Stumpf, Superior vom großen Seminar in Straßburg, welchen Bischof Nach im Namen des apostolischen Nuntius damit beauftragt hatte. Die Titular- und Ehren-Domherren des Stifts sowie sämtliche Mitglieder des Parochial-Clerus der Stadt waren Zeugen des feierlichen Aktes; nur der Bischof Dupont des Loges war durch Unwissen an der Theilnahme verhindert. Auch der Bürgermeister, die Beigeordneten und mehrere Mitglieder des Gemeinderates hatten sich in der Kirche eingefunden. Eine ähnliche Ceremonie wird demnächst in Straßburg vollzogen werden, und wird dabei einer der Generalvikare des hiesigen Bischofs die Stelle des amtlichen Verkünders im Auftrage des apostolischen Nuntius versehen.

Deutschland.

Berlin, 10. November.

— [Wagner und Genossen.] Die Redaktion des sozialdemokratischen „Volksstaat“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Die Thatache, daß Herr Rudolf Meyer als Adlatus des Herrn Wagner auf dem Kathedersozialistenkongress in Eisenach erschienen ist, veranlaßt mich, Folgendes zu erklären: Gelegentlich

Stempels wird auch in der laufenden Session wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. In der vorigen Session fiel der betreffende Antrag, und so wird man jetzt versuchen, schrittweise zum Ziel zu gelangen; der Budgetausschuss hat, freilich nur mit 12 gegen 11 Stimmen, eine Resolution beschlossen, welche die Regierung zur ungestümten Einbringung eines Gesetzentwurfs auffordert, der den Stempel auf die Hälfte seines gegenwärtigen Betrages herabsetzt. Wie sich die Regierung zu dem also modifizierten Antrag stellt, erhebt noch nicht. Der Finanzminister wohnte der Ausschusssitzung nicht bei, und der anwährende Regierungssekretär enthielt sich jeder Aeußerung.

## Frankreich.

Paris, 7. Novbr. Neben den Ton und den Inhalt der mehrfach erwähnten Botschaft, mit welcher Mac Mahon sofort die Nationalversammlung in Anspruch nehmen will, verlautet soviel, daß es sich wirklich — bis jetzt wenigstens noch — mit einem im Elsass ungewohnten Ernst um die Organisation des unpersonlichen Septen-nats handelt; also um Bestätigung der Republik bis zum Jahre 1880.

„Bien Public“ meldet, in offiziellen Kreisen werde die Zusammenkunft, die Herr Léon Say mit dem Maréchal Mac Mahon hatte, und die plötzliche Ankunft von Herrn Sézanne in Paris, der sich gleichfalls auf die Präsidenschaft begab, viel besprochen. Das „Univers“ schlägt bereits Lärm: „Es ist das kaum verhüllte Programm des linken Zentrums; ist es auch das der Regierung? Die „Presse“ läßt wenigstens annehmen, daß der Herzog von Decazes diesen Plan betreibe.“ „Univers“ rechnet auf die Rechte und das rechte Zentrum, um diese Wendung der Regierung zu vereiteln. Daß die Verhandlungen über diese Angelegenheit noch fortdauern, wird vom „Bien public“ bestätigt, aber es wird von diesem Organ des Herrn Thiers zugleich betont, daß das linke Zentrum keine Konzessionen zu machen brauche, da die Monarchie ja ohnehin durch die Rivalität der Prätendenten unmöglich geworden sei. Auch das „Journal des Débats“ empfiehlt der Nationalversammlung, jetzt endlich ernstlich an die Herstellung einer definitiven Regierung zu gehen, oder, wenn sie dazu schwach sei, einer anderen Platz zu machen.

Paris, 8. November. Der Minister des Innern, General Chabaud-Latour, hat folgendes Rundschreiben an die Präfekten gerichtet, daß wir breitlich mittheilen, weil es sehr berechtigt für die französischen Zustände ist. Es lautet:

Paris, 7. November.

Herr Präfekt! Mir wird von mehreren Ihrer Kollegen mitgetheilt, daß die Anklage des Zusammentritts der Revisionräthe für die Territorial-Armee auf dem Lande einige Besorgnisse hervorgerufen habe. Es wird Ihnen leicht sein, Herr Präfekt, die öffentliche Meinung in dieser Beziehung aufzuläutern. Der Zusammentritt der Revisionräthe, welche über die Fälle der Befreiung vom Dienst in der Territorial-Armee zu bestimmen haben, ist nur eine Anwendung des Gesetzes, welches jeden Kämpfern dem persönlichen Militärdienst unterwirkt. Diese Operation muß alle Jahre erneuert werden und kann zu keinerlei Beirorgnis Anlaß geben. Die National-Versammlung votierte das Gesetz vom 27. Juli 1872 in einem friedlichen Geiste. Die Regierung bringt dieses Gesetz im nämlichen Geiste in Anwendung. Der gesunde Menschenverstand der Bevölkerung wird sich darüber nicht täuschen und nicht gestalten, daß man neue Maßregeln aufstellt, welche die nothwendige Folge unserer militärischen Einrichtungen sind. Ergreifen Sie eine jede Gelegenheit, um diese Thatsachen und Versicherungen zur Kenntnis des Publikums zu bringen. Um das Werk der Reorganisation zu Ende zu führen, welchem sich der Maréchal-Präsident der Republik gewidmet, bedarf es des Schutzes und der Rühe der öffentlichen Meinung. Er zählt auf alle guten Bürger ohne Unterschied der Partei zur Ausführung eines Gesetzes, das nach unseren Unglücksfällen von allen dienen gefordert wurde, welche die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens wollen. Genehmigen Sie.

Der Minister des Innern, General Chabaud-Latour.

In der Affäre Arnim hat nur auch der stadtultramontane Bischof von Angers, der berüchtigte Msgr. Freppel, das Wort ergriffen zu müssen geglaubt. Er schreibt aus Angers vom 6. Novbr. an die Redaktion des „Univers“, wie folgt:

Angers, 6. November 1874.

Herr Redakteur! In einem von mehreren französischen Blättern gegebenen Artikel behauptet ein englisches Blatt (Daily News) nach einem, ich weiß nicht, welchem englischen Korrespondenten, daß ich häufige Zusammenkünfte mit dem Grafen v. Arnim in Herrn Thiers und Herrn v. Bismarck seindlicher Absicht hatte. Ich würde dieser Fabel keine Wichtigkeit beilegen, wenn die gegenwärtige Lage des ehemaligen preußischen Botschafters mich nicht nötigte, zu erklären, daß ich mit diesem Diplomaten keine Art von direkter oder indirekter Beziehung habe, weder vor, noch nach dem 24. Mai hatte. Ihnen im Voraus dankend u.

Ch. Emil, Bischof von Angers.

Ruhland und Polen.

Petersburg, 5. November. (Verurtheilung uralter Kosaken.) Wie bereits mitgetheilt, sind zur Bestrafung der Anführer der unter den uralten Kosaken ausgebrochenen Unruhen besondere Kriegsgerichte eingestellt worden. Dieselben haben bereits, wie die amtliche „Uralische Ztg.“ mittheilt, über 27 Kosaken ihr Urteil gesprochen. Vier derselben wurden zum Verlust aller Rechte und zu 4—6jähriger Zwangsarbeit in Fabriken verurtheilt, 6 zur Verbannung in das entlegene Uralgebirge, verbunden mit schweren Arbeiten, und nach Ablauf dieser Frist zur Internierung in anderen Stanzen. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, unter der Bedingung, sich in Allem der neuen Ordnung der Dinge zu unterwerfen. Außerdem sind 19 Kosaken, deren Einfluss als schädlich erkannt wurde, auf administrativem Wege in anderen Provinzen interniert und ihrer Eigenschaft als Kosaken verlustig erklärt worden. Ueberdies ist das ganze Heer der Uralischen Kosaken davon verständigt worden, daß dasselbe Schicksal allen Kosaken bevorsteht.

welche sich den Befehlen ihrer Chefs zu gehorchen weigern und nicht in kürzester Frist Beweise aufrichtiger Neue liefern.

Petersburg, 6. November. [Zur Auswanderung der Tataren. Der Brand in Kronstadt. Universitätskandal.] Lange Zeit hindurch legte die Regierung keine Auswanderung der Tataren in der Krim auf türkisches Gebiet keine Hindernisse in den Weg, sie war zufrieden auf diese Weise ein unruhiges Element los zu werden, welches sie durch Kolonisten, auf dessen Treue mehr zu rechnen ist, ersetzten konnte. Seit Kurzem hat jedoch die Regierung ihre Ansicht geändert und beschlossen, der Auswanderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt zu thun. Sie glaubte Anfangs, daß es ihr gelingen würde, die Krim mit Kolonisten aus Russland, Ruthenen oder den slavischen Provinzen der Türkei zu bevölkern; diese Hoffnungen waren jedoch trügerisch; der Russe ist zum Weinbau und Hirtenleben nicht geeignet, die Ruthenen hatten keine Verantwortung ihre Kolonien zweifelhafter Vortheile wegen zu veranlassen und die Neigung der Slaven unter russischem Szepter zu wohnen, ist seit einiger Zeit sehr geschwunden. Nach der Emigration der Tataren also würde die Krim vollständig entvölkert werden. Aus diesem Grunde und um für den Fall eines Krieges an ihren früheren Unterthauen nicht die erbittertesten Feinde zu haben, beschloß die Regierung, die erwähnte Auswanderung zu verhindern. Hierbei ist es jedoch nicht ohne Blutvergießen abgelaufen. In der Gegend von Sudak kam es zwischen einer Anzahl Tataren und der Grenzwache, welche den Uebertritt auf türkisches Gebiet zu verhindern suchte, zum Kampf. Von den Tataren wurden drei getötet und mehrere verwundet, die Russen hatten einen Todten und zwei Verwundete. Aus dieser kurzen den „Peter-Wiedom“ entnommenen Mittheilung ist zu schließen, daß die Zahl der Tataren nicht unbedeutend war und daß der Grenzwache wahrscheinlich reguläre Truppen zur Hilfe geeilt sind. — Der Brand in Kronstadt ist Dank den Bemühungen der hiesigen vorlängen geisteten Feuerwehr als gelöscht zu betrachten. Die Verheerungen, die derselbe angerichtet hat, sind sehr bedeutend. Neue Häuserquarre's sind bis auf den Grund niedergebrannt. In dem durch das Feuer zerstörten Theile haben gegen 10—15,000 Menschen gewohnt, die zum Theil obdachlos und ihrer ganzen Habe beraubt sind. Nach den bis dahin vorliegenden Daten sind 119 Häuser, eine Kirche, zwei Kapellen der Gostinnoi-Dvor mit 50 Magazinen zerstört. Der größte Theil der Privathäuser ist mit 480,000 Rubel versichert. Wie man erzählt, sollen während des Brandes leider auch vier Menschen ums Leben gekommen sein. Wie ich nachträglich erfahre, ist das Feuer nicht durch das Umwerfen einer Erdöl lampe, sondern durch einen Gardinenbrand entstanden, und da man unkluger Weise sofort die Fensterscheiben eingeschlagen hatte, theilten sich die durch den rasenden Sturm angesetzten Flammen dem ganzen Hause und von dort den nächstgelegenen Gebäuden mit. Margel an Wasser ist auch hier, wie bei so vielen Feuerbrünsten der Grund gewesen, daß das Feuer so furchterliche Dimensionen annehmen konnte. — In der medico-chirurgischen Akademie ist es unter den Studirenden des 2. Kursus zu Unordnungen gekommen, welche gegen den Professor der Physiologie, Namens Zion, gerichtet waren. Der Professor wurde aus den Hörsälen „herausgetrommelt“, worauf sich sämtliche Studirende, 500 an der Zahl, in dem Hof der Akademie versammelten und vom Chef derselben stürmisch die Entfernung des Professors verlangten. Strenge, aber sehr berechtigte Ansprüche an die zu dem Examen neu vereinigte Curricula des 2. Kursus, welche vom Professor Zion, bekanntlich einer europäischen Celebrat, erhoben werden, sollen die Ursache dieser bedauernswerten Auseinander gewesen sein. Seitens der Behörden werden diese Vorfälle sehr ernst genommen, der 2. Kursus ist einstweilen ausgesetzt, zur Steuerung weiterer Unordnungen sind bei der Akademie Gendarme und Polizeibeamte aufgestellt und zur Untersuchung der Vorfälle eine besondere Kommission eingesetzt worden. Diese ist unter dem Präsidium des Geheimrats des Kollegiums, Präfektur-Kanzlei Chef Professor Tschistowitsch, dem Präfekt-Adjunkten General Koslow und einem höheren Beamten des Kriegsministeriums, unter welches die medizinisch-chirurgische Akademie ressortiert.

## Deutscher Reichstag.

6. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 9. November, 11 Uhr Vorm. Abg. Dr. Lassler: Es erscheint mir der diesjährigen Sachlage angemessen, den Etat lediglich gesetzmäßig zu behandeln und sogar in diejenigen Theile uns nicht weiter zu vertiefen, welche einer Kommission zur Berberatung über-

wiesen werden sollen. Es gibt allerdings Seiten, in denen von Seiten der Regierung oder der Volksvertretung Anregungen zu Finanzreformen gemacht werden, wie z. B. vor zwei Jahren zu erwarten war, daß die Regierungen der einzelnen Staaten vor Allem Preußen die Initiative zu einer Steuerreform ergreifen würden. Nachdem aber diese Zeit verstrichen ist, wäre es überflüssig, uns in abstrakten Finanzprogrammen zu ergehen. Ich kenne keinen unangenehmeren Eindruck, als wenn eine große Anzahl von Abgeordneten mit einem besonderen Finanzprogramm auftreten um diesen Steuern, welche einem Bruchteil des Hauses die liebsten sein möchten, zu befeitigen. Es sind dies Aufgaben, die in Leitarikeln einiger Zeitungen zu behandeln sind, praktisch verwerthet können wir im Parlamente dieselben nicht. Dieses Jahr scheint mir nun dazu angehören, nachdem wir uns im vorigen Jahre unter großen Kämpfen über die Grundlage unseres Militäretals geeinigt haben, eine Etatsberatung herbeizuführen, welche allein geschäftige Natur ist. Nur möge die Regierung nicht meinen, daß, wenn es unserer vereinten Anstrengungen gelingen sollte, in diesem Jahre vor Weihnachten mit unseren Arbeiten, namentlich mit dem Etat fertig zu werden, es in jedem Jahre etwa angezeigt sei, den Reichstag so spät, wie in diesem Jahre einzuberufen und über dieses ziemlich wichtige Vorlagen zum Theil wenigstens eine oder zwei Wochen nach der Eröffnung zuerst öffentlich einzubringen. Aus dem Einzelnen, was von dem Abg. Richter erwähnt worden ist, erkläre ich mich von vornherein gegen den Gedanken, daß wir irgend einen Theil unserer Ausgabe aus dem Invalidenfonds bestreiten wollen. Es ist ja nichts Neues, daß der Invalidenfonds viel reicher gegriffen worden ist, als wo wir die Ueberschüsse brauchen. Wir haben nicht verschwiegen, daß wir so weit greifen, um eben so viel Vorrath zu haben, daß wir selbst die Schwankungen im Militär-Invalidenwesen mit völliger Gleichmäßigkeit ansehen können, daß wir den verdienten Kriegern die Verdienstung geben, daß zu keiner Zeit ihre Bedürfnisse werden unberücksichtigt bleiben aus Mangel an Einnahmen. Endlich haben wir auch auf eine sehr entfernte Zukunft Rücksicht genommen und nicht gemeint, daß Gelet in dem einen Jahre zu machen, um im nächsten Jahre schon die Folgen dieses Gesetzes aufzubeben. Der Vorschlag scheint mir daher nur mehr individuell von einzelnen Mitgliedern des Hauses auszugehen. Ferner stimme ich in dem zweiten — mehr politischen — Punkte nicht mit dem Abg. Richter überein, als ob wir die Rücksicht auf die Gleichmäßigkeit der Matrikulärbeiträge in erster Reihe ins Auge zu fassen hätten. Ich verkenne nicht, daß durch das Höher- oder Niederherstellen der Matrikulärbeiträge die Finanzverwaltung einzelner Staaten ins Gedränge kommen und daß letztere, namentlich wenn wir das Budget so spät, wie in diesem Jahre verbandeln, immer gezwungen sind, einen größeren Betrag für den Fall in Reserve zu halten, daß die Matrikulärbeiträge steigen sollten. Solche formelle Rücksichten können indeed nicht entscheiden. Im Etat kommt es wesentlich darauf an, in jedem Jahre materiell die gesamte Finanzlage zu prüfen, nicht aber allgemein, ganz hübsch klugenden Grundsätzen zu folgen, die in der Praxis oft zu ganz unerwünschten Resultaten führen. Wenn Herr Richter diesen Grundsatz von der Gleichmäßigkeit der Matrikulärbeiträge fortgesetzt verfolgen wollte, so würde er das Accept von der Regierung dafür erhalten, aber in einem ihm nicht erwünschten Sinne, nämlich in dem Sinne, daß es zur Wahrnehmung dieser Gleichmäßigkeit gerathen sei. Sie in jedem Jahre hübsch hoch zu halten. Der Herr Geh. Rath Michaelis hat auch diesen Grundsatz bereits aceptirt, um damit zu vertheidigen, weshalb eben die Ueberschüsse von 1874 nicht schon in dem diesjährigen Etat eingefestzt seien. Ich weiß nicht, ob die Regierung dabei schon von Hause aus die Theorie des Hrn Abg. Richter zu Grunde gelegt hat (Heiterkeit), geschickt benutzt hat sie dieselbe jedenfalls. Da wir über die Höhe des Militäretals ein Endurteil gar nicht abgeben können, da hörner der Marinestation fast ohne jede sachliche Bemerkung der Budgetkommission überwiesen werden soll, so sind für uns die Hauptfragen: wie sind die Einnahmen eingeschätz und sind die Ueberschüsse aus dem Jahre 1874 in irgendeiner Weise in Betracht zu ziehen? Sollen wir uns über die 30 Millionen Mark Ueberschüsse aus dem Jahre 1874 total ausschweigen oder dürfen wir mit ihnen operiren? Dies hängt wesentlich ab von unserer Schätzung der Einnahmen, die sich verschwiegend gestaltet, wenn ich weiß, ob die Ueberschüsse sofort für das nächste Jahr verwendet werden können, oder erst nach zwei Jahren über sie verfügt werden kann. Es kann ja jemand vom philosophischen Standpunkte aus sagen: was bedeutet in einer ganzen Staatsverwaltung die kurze Spanne Zeit eines Jahres! Das Geld läuft uns ja nicht davon, es ist in sicherer Händen, warten wir ab, was im Jahre 1876 daran werden wird. Das ist aber nicht der Freengang praktischer Männer, das entspricht auch nicht den Finanzinteressen der Bürger und auch nicht dem konstitutionellen Weien. (Sehr wahr!) Wir haben die einjährige Etat doch nur, damit jedes Jahr seine eigene Rechnung aufmache. Die Sorge, die wir nach 2 oder 3 Jahren haben werden, gehört nicht in die Etat hinein, sie gehört in die Politik der Finanz- und Steuergesetze. Die Verfassung sagt nun, daß zunächst zur Verbreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben die Ueberschüsse der Vorjahre zur Verwendung kommen sollen. Die Bestimmung ist aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen; wir haben aber dabei nicht an einen regelmäßigen Ueberschuss gedacht, sondern wollten nur dem Gedanken Ausdruck geben, daß wir zunächst verwenden, was wir haben, sodann Steuern und schließlich Matrikulärbeiträge aufzubringen. Wenn der Präsident des Reichskanzleramtes dies verschwiegen hätte, wodurch Ueberschüsse zu erwarten seien, und wenn wir es von anderswoher auch nicht gewußt hätten, nämlich aus den Veröffentlichungen der Eingänge an Böllen, so würden wir liquide

Bestände für unsere Verhandlungen nicht gehabt haben. Aber ich war ganz überrascht, daß der Herr Präsident Delbrück mit seiner Autorität das Siegel darunter setzte, daß wir unter 30 Millionen an Ueberschüssen nicht zu berechnen hätten, möglicherweise noch mehr. Da die Ueberschüsse somit nicht mehr zweifelhaft sein können, so scheint mir, hat die Verfassung keineswegs die Absicht gehabt, formale Schranken entgegenzusezgen. Gewiß wird auch der Herr Präsident Delbrück nicht annehmen, daß, wenn die Reichsregierung die Absicht gehabt hätte, diese Ueberschüsse für das Jahr 1875 einzustellen, sie dann ein Verfassungsänderungsgesetz hätte zu Stande bringen müssen, sondern unweifelhaft würde sein Mitglied des Bundesrates daran gedacht haben, daß diese Finanzoperation nicht innerhalb der Kompetenz der Verfassung liege. Dann liegt es ebenfalls auf der Hand, daß wir formale Einwendungen aus der Verfassung nicht entgegensetzen können, sondern wir können lediglich darüber diskutieren, ob es ratsam ist, Steuerüberschüsse die bereits ermittelt sind, für das nächste Jahr einzustellen. Sollten wir wirklich so große Verfassungsbedenken haben, so ist uns ja eine Kreditbewilligung für die Marine in Aussicht gestellt, und da gestehe ich, Niemand wird uns beitreten können, daß wir diesen Kredit auf die Ueberschüsse verzweigen, dagegen wird die Verfassung nicht angeführt werden können. Dem verhältnismäßig ist es durchaus richtig, außerordentliche Ausgaben auf die Ueberschüsse anzumessen. Dafür haben wir einen Vorgang, wenn ich nicht irre sogar im Reich, ganz sicher aber in Preußen, wo der gewiß sehr vorstellige Finanzminister außerordentliche Ausgaben auf die Ueberschüsse des laufenden Jahres angewiesen hat. Wenn wir diese Praxis bisher nicht befolgt, sondern immer bloß die Ueberschüsse der bereits abgeschlossenen Jahre berücksichtigt haben, so gefährdet dies blos, weil wir bisher im März und April unseres Etat festgestellt haben, wo von solchen Ueberschüssen auf Grund einer Vermutungspolitik nicht die Rede sein konnte. Ich erachte es für einen großen Vortheil, daß wir jetzt im vierten Quartal dazu kommen, den Etat zu reguliren, weil wir da eine Übersicht über die Naturalienpreise haben, welche in der Militärverwaltung eine so große Rolle spielen. Ich meine schon jetzt, daß Grundsätze nicht entgegenstehen, die Ueberschüsse auf die eine oder die andere Weise mit in unsere Rechnung zu ziehen. Damit hängt die Frage nach den Einnahmen zusammen, deren Anfälle zu diskutieren ich nicht für gut halte. Der eine sagt, es ist zu vorsichtig, der andere, es sei zu hoch geschätzt. Nun haben wir uns dahin geeinigt, daß wir den dritten Theil der drei Vorjahre anlegen wollen und ab und zu hier von abgeben, wenn die Verkehrsermittelungsquelle eine Modifikation als wünschenswert erachten lassen. Will das Haus diesen Grundsatz abändern, so rüttire Sie im Plenum darüber, nicht in der Kommission.

So lange wir uns freihalten, uns mit der Regierung darüber zu verständigen, was mit den Ueberschüssen geschehen soll, halte ich diese Frage auch materiell für untergeordnet, anders freilich, wenn wir als feststehenden Grundsatz annehmen, daß man in einem Jahre noch nichts verwenden darf, was noch nicht lassennmäßig abgeschlossen ist. Diesen Grundsatz halte ich aber durchaus nicht für entsprechend. Wenn wir mit unserer Etatswirtschaft Vorsorge für eine sehr entfernte Zukunft eintreten lassen dann giebt es überhaupt gar kein Ende für unsere Bevölkerungen, dann sündigen wir gegen das Hauptrprinzip, daß wir die Gelder aus der wirtschaftlichen und fruchtbaren Circulation des Volkes nicht eher ziehen sollen, als es nothwendig ist, um die Gegenwart zu versorgen; wir entziehen die Instrumente des Erwerbes in einem gewissen Maße, wie sie als Rentier liegen zu lassen aus einer möglichen Besorgnis für die Zukunft. Ich habe keine Vorsorge darüber, daß jederzeit das deutsche Reich seine Bedürfnisse wird aufringen können, und ich werde namentlich der Initiative der Regierung sehr gerne folgen, wenn sie dafür Vorsorge trifft, wo es gestattet ist, nämlich nicht in der Finanzverwaltung jedes Jahres, sondern in der Finanzsteuerpolitik. Wenn sie da uns Vorschläge machen wird, in welcher Weise das Reich sich sicher stellen soll gegen Eventualitäten, und wenn sie dahin Vorsorge trifft, daß in diesen Steuern eine funde Elastizität liegen soll, daß in einem Jahre mehr eingesogen wird, als im anderen, dann wird sie die eifrigste Unterstüzung finden. Ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Ueberschüsse für eine cura posterior hielt und dafür bin, daß es in der Budgetkommission erörtert wird. Ich möchte aber nicht die Theorie aufgestellt haben, welche auspricht: es müßten Bestände für dieses Jahr aufgestellt werden, damit ein nächstes Jahr versorgt werde. Was thun wir dann, wenn wir auf dem Wege folgen? Die Regierung hat uns bereits angekündigt, daß sie einen Kredit beansprucht von jährlich 400,000 Mark. Die Regierung wird das Geld borgen, aber sie wird das Geld bei sich selber borgen und sie wird die Provision ersparen, sie wird nicht anderswo ihre dreißig Millionen Unterstübingen suchen, und sich das Geld anderswo leihen; ich nehme an, daß der Herr Vertreter des Reichskanzleramts dies keineswegs in Aussicht nimmt, denn stehen wir bei der Frage, wie wir einen Theil der Ueberschüsse verwenden sollen, und die Theorie, die früher verhältnismäßig aufgebaut ist, hat bereits eine Lücke erhalten. Dagegen bitte ich Sie, verweisen Sie die Einnahmen nicht in die Kommission, dann würden Sie Meinung hervorrufen, als ob wir durch eine sachverständige Untersuchung zu der Überzeugung gelangen, ich habe mich deswegen für die Verhandlungen des Budgets nicht gemeldet, weil ich die Frage über die Einführung der Uebersch

politik oder Drittelung beibehalten wollen, oder welchen anderen Maßstab wir anlegen wollen, entscheidet das Haus viel besser, als die Kommission. Wenn Sie also den Militärat und die Matrikularbeiträge bei welchen die liquiden Überschüsse bereits mit in Betracht kommen, und das ganze Staatsgesetz der Kommission überwiesen, so ist dem Wunsche Genüge getheilt, daß wir eine geschäftliche Behandlung herbeiführen können, ohne daß es nötig ist, daß Sie irgendeinen andern Theil der Kommission überweisen, mit Vorbehalt derjenigen Staats, für welche uns eine Anliegen in Aussicht gestellt wird, weil wir zu deren Beurtheilung keine Disposition haben, bis wir die gesammten Rechnungen bereits aufgemacht erhalten haben. Ich wünsche aber, daß die Budgetkommission ungefährt an ihre Arbeit gehe, und daß der Herr Präsident Fürsorge dafür treffe möge, daß die Gruppenberatung in diesem Jahre wieder eintrete und daß hierbei eine Beschwerde entfernt werde, welche Mitglieder der Gruppen vielfach geführt haben, daß nicht mit gleicher Bereitwilligkeit, wie einer Kommission gegenüber von der Regierung entgegenkommen wird bei Ertheilung von sachlicher Auskunft. Gerade Aufgabe der Gruppen ist es, und sachliches Material zu verschaffen und namentlich die Gruppen haben sich vorsichtig zu erhalten, selbständige Anträge zu stellen, ich meine natürlich, als Gruppen; unter sich natürlich als einzelne Mitglieder können sie ja Anträge stellen. Wenn sie diese ihre Aufgabe allein ins Auge fassen, dann wird sie uns nützliches Material verschaffen und wird außerdem sehr schnell arbeiten können, weil ihre Mitglieder gar keine Rücksicht zu nehmen brauchen, ob sie ein Mehr oder Minder von Stimmen für ihre Ansicht in den einzelnen Gruppen sich zu erwerben wissen. Wenn wir so in einander arbeiten und die bezeichneten Theile in die Budgetkommission geben, so gobe ich die Hoffnung nicht auf, daß trotz der verspäteten Einberufung es unserem Willen in diesem Jahre noch gelingen wird, das Budget, wie die Verfassung es will, vor Ablauf des Staatsjahres abschließen zu können.

Abg. Miquel: Ich muß im Gegensatz zu dem Vorredner die Frage nach der Zukunftslage der Verwendung der diesjährigen Überschüsse in dem Etat des nächsten Jahres verneinen. Es heißt im Artikel 69 der Reichsverfassung: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden“ und Artikel 70 besagt: „Zur Besteitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre“. Nun kann aber ein Gelei, welches im Jahre 1874 eingebrochen ist, unmöglich das Jahr 1874 bereits als Vorjahr bezeichnen, ich wenigstens, auf dessen Antrag diese Worte in die Verfassung gebracht worden sind, habe nicht entnekt an diese Möglichkeit der Interpretation gedacht. Ich würde es auch für etwas Ungewöhnliches halten, über Überschüsse zu deponieren, bevor die Rechnung, aus der sie sich ergeben sollen, abgeschlossen ist, und bei der Meinung, daß dies in der Praxis konstitutioneller Staaten noch nicht dagegen ist. (Widerspruch.) Aber auch sachlich erscheint es mir nicht thunlich, schon mitten im vierten Quartale des laufenden Jahres dessen etwaige Überschüsse zur Deckung für die Ausgaben des folgenden Jahres zu verwenden, ohne unvorhergesehene, in der Zwischenzeit möglicherweise eintretende Ereignisse zu berücksichtigen. Allerdings will ich nicht behaupten, daß diese von mir soeben aufgestellte Regel ganz unbedingt festzuhalten ist, und ich gebe zu, daß gerade dieser Etat eine solche Abweichung von der Regel nahe liegt. Ich wende mich nun zu der Frage nach der Verabschaffung der Einnahmen. Bis jetzt hat die Erfahrung ergeben, daß regelmäßig der 3-jährige Durchschnitt derselben hinter den wirklichen Einnahmen zurückbleibt, und dies aus allerdings zu der Erörterung der Frage führen, inwieviel eine Reduktion der Matrikular-Maxlagen zulässig sei. Nun hat, wie ich glaube, der Abg. v. Benda bereits den entscheidenden Punkt berührt, indem er berichtet, daß wenn einerseits die Einnahmen zu niedrig gegriffen seien, dies doch relativ und im Verhältnis zu den anwachsenden Ausgaben nicht der Fall sei, da sie bereits nicht mehr ausreichen, um das Extraordinarium zu decken. Die Frage ist also richtig so zu stellen: Muß nicht die Deckung des Extraordinariums nach Möglichkeit durch die etatsmäßigen Einnahmen herbeigeführt werden? Dies wird meines Erachtens die wesentlichste Verbesserung einer guten Finanzverwaltung sein, und deshalb halte ich es, wie der Abg. Lasker für zwecklos, die Zölle und Verbrauchssteuern ebenfalls an die Budgetkommission zu verweisen. Um zu beurtheilen, ob die Matrikularbeiträge richtig normirt sind oder nicht, genügt eben die Prüfung der Ansätze der Zölle und Konsumsteuern allein, sondern nur aus dem ganzen Etat läßt sich dieses Resultat feststellen. Ich bitte daher, es bei der kommissarischen Beratung des Militäratats und seiner Annexen zu belassen.

Präsid. Delbrück: Ich habe nur das Wort ergriffen, um dem Abg. Lasker zu konstatiren, daß mir Klagen darüber, daß seitens der Regierungen den Etatsgruppen weniger bereitwillig Auskunft ertheilt werde, als den Kommissionen, bisher nicht zu Ohren gekommen sind. Ich hätte sonst das Meinige dazu beigetragen, derartige Nebestände abzustellen. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Heute ziehen wir das Facit unserer bei der Beratung des Militärvororganisationsgesetzes gefaßten Beschlüsse, indem wir uns einem ganz enormen Militärat gegenüber befinden, der weit über das damals berechnete Maß hinausgeht. (Widerspruch.) Ich will nur wünschen, daß es gelingen möge, in der Kommission die Vorlage trotz der verhängnisvollen Beschlüsse des Frühjahrs zu verändern, denn ich glaube, wir thun wohl zu sparen und können insbesondere die Gehälter der hohen Militärdienste unmöglich in der hier angezeigten Höhe belassen, ohne uns der Gefahr auszusetzen, den Civilbeamten eine unverdiente Zurücksetzung zu ertheilen. Ich würde ebenfalls wünschen, eine Gleichmäßigkeit der Matrikularbeiträge herbeizuführen, wenn dies möglich wäre, wofür mir allerdings Herr Richter den Beweis nicht erbracht hat. Besonders muß ich es bellagen, daß das Reich bei der Ordnung seiner Finanzen ganz ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten verfährt und will dahin gestellt sein lassen, in wie weit dem durch Reichsteuer abgeholfen werden kann, ohne durch diese Maßregel den Rest der Selbständigkeit der Paritätstaaten illusorisch zu machen. (Widerspruch.) Dagegen halte ich es für verfassungsschädig zulässig, die Überschüsse dieses Jahres für den vorliegenden Etat zu verwenden, bis die Art. 70 der Reichsverfassung, naturgemäß unter „Vorjahren“ nur die dem Jahre, für welches der Etat berathen wird, vorhergehenden Jahre versteht. Wenn nach der Meinung der Regierung wirklich ein sicherer Überschuß da ist, so soll er zur Deckung der bevorstehenden Ausgaben verwendet werden, denn ich halte nicht dafür, daß es gut ist, Überschüsse zu haben, ohne sie zu verwenden. Wir haben so Geld genug zurückgelegt, während es am besten ist, es in den Taschen der Unterthanen zu belassen, die damit arbeiten und die Steuerkraft des Landes vermehren sollen. Ammassungen von Geld in den Händen des Staates sind vom Ubel, denn wenn der Staat Geld in seinen Taschen fühlt, so kümmert er sich nicht darum, wie es in den Händen des Volkes aussieht und inkliniert zu allerlei bedenklichen Unternehmungen. Da indessen der Invalidenfonds einmal geschaffen, glaube ich, daß er am besten unbührbar bleibt, halte aber die Konservirung des Kriegesschatzes nicht für notwendig, und ebenso wenig den Fonds für das Heeresstabsbaus, da wir, wie ich meine, hier schon genug wohnen. In der Kommission werden wir zu prüfen haben, wie es anzufangen, um ohne neue Steuern zu bleiben. Um so mehr war ich über den Abg. von Minnigerode erstaunt, der ja wieder einen ganzen Sac voll Steuern in der Tasche hatte. Wir müssen vor Allem und überall sparen, da das Land mit Lasten so wie so überbürdet ist. (Widerspruch, Ruf: Bewahre!) Ich wünschte, daß die Herren, die „Bewahre“ rufen, die Steuern bezahlen müßten, die von armen Leuten, welche ihr letztes hingeben, durch Erelution begetrieben werden müssen. Bezüglich der einzelnen Positionen, besonders zum Reichskanzler- und zum auswärtigen Amt behalte ich mir meine Bemerkungen für die Spezialdebatte vor, und will schließlich bemerken, daß ich es für vortheilhafter halte, den ganzen Etat in der Budgetkommission als zum Theil in Gruppen vorbereitet zu lassen, da solche Gruppen außer der Geschäftsröhrung liegende Bildungen sind, die kein Recht auf Existenz haben und von der Regierung gar keine Berücksichtigung und Auskunft verdienen. Ich beantrage also die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Der Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Die Anträge Windthorst auf kommissarische Beratung des ganzen Etats und Richter (Leberweisung auch der Zölle und Verbrauchssteuern an die Kommission) werden abgelehnt und, wie Lasker beantragt, nur das Staatsgesetz, der Militärat und die Matrikularbeiträge der Budgetkommission überwiesen.

Um 3½ Uhr schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Dienstag 12½ Uhr. (Dritte Beratung der Einführung der Münzreform in Cöln-Wolfring; zweite Lesung des Markensatzgesetzes; erste Beratung d. s. Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht in Friedenszeiten).

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Einer in Abgeordnetenkreisen kursirenden Mitteilung zufolge, soll beim Bundesrat der Antrag gestellt werden, die neuen 20 Pfennigstücke einzuziehen und wie vor mehreren Jahren in Sachsen eine Silberlinie von mindestens doppeltem Umfang zu prägen. Die neuen 2½ Pfennigstücke werden ihrer Kleinheit wegen als unpraktisch und völlig ungeeignet für den Verkehr erachtet.

## Tagesübersicht.

Posen, 10. November.

Die nationalliberale BAC hebt die Bedeutung der Verhandlungen hervor, welche in Kassel zwischen Reichstag- und Landtagsabgeordneten der national-liberalen Partei und hessischen Vertretern stattgefunden und zu dem erfreulichen Ergebnis geführt haben, daß die mehr nur aus Mißverständnis gegen die Einführung Hessens in den Rahmen der neuen Staatsorganisation erhobenen Bedenken gewichen sind. Diese Verhandlungen, meint das genannte Parteiorgan, reichen in dem Interesse, welches ihnen anhaftet, weit über die national-liberale Partei hinaus. Die Beratung über die organischen Gesetze, welche im preußischen Landtag bereits zu Stande gekommen sind, hat gezeigt, daß in den Fragen der Selbstverwaltung die liberale Partei in keiner Fraktion gesiedet ist, sondern nur jene leichten Minoritäten aufweist, die innerhalb einer jeden großen Partei natürlich notwendig sind. Während im preußischen Abgeordnetenhaus in Bezug auf die Organisation der Selbst- und Staatsverwaltung die erfreulichste Übereinstimmung im Schoße der großen liberalen Partei herrschte, drohten innerhalb der national-liberalen Partei Hessens Mißhelligkeiten auszubrechen, weil man hier und da von der mißverständlichen Auffassung ausging, als wenn die Hineinziehung Hessens in die

eigengearterter Stiefbruder, denn er zieht das Sein und Wirken der eigenen Berufs- und Standesgenossen in einen künstlich aufgewirbelten Staub und indem er (weit mehr in der unerquicklichen Laune des Mephisto, als in der des Aristophanes), der eigenen Familie (selbst!) Wunden schlägt, dekt er sie gleichzeitig absichtsvoll und schmunzelnd auf. Das könnte ja möglicherweise ganz geistvoll sein, — ob es tatsächlich, geschickt und kollegial ist, sind drei andere Fragen, auf welche Publikum und Kritik sehr einmütig nein antworteten!

Und der „Börs. Cour.“ schreibt, unserer Meinung nach durchaus zutreffend:

So wenig es Lindau's Art ist, friedfertig die andere Bade hinzuhalten, wenn er auf einer einen Schlag erhalten hat, so wenig wird er der Kritik etwas Derartiges zumuthen. Gegen die Kritik aber, speziell gegen die, welche seine früheren Stücke gefunden haben, ist die Tendenz des neuen Lustspiels gerichtet. Natürlich bedingt der Zweck der Bühne und der des Autors eine Überreibung, wie sich deren selbst eine übelwollende Kritik niemals schuldig machen darf. Dadurch sind die Lacher für eine flüchtige Theaterstunde auf des Autors Seite; ob er damit etwas gewonnen, ist freilich eine andere Frage. Wir unsererseits glauben z. B. Carl Frenzel's Reaktionen werden nicht dadurch disreditirt werden, daß Lindau einem Strohsack von Journalisten einige aus dem Zusammenhange gerissene Sätze von Frenzel's Kritik über die „Diana“ in den Mund legt und die alberne Phraselogie, welche in dem Stücke als das Kühnheit der Kritik verspottet wird, dürfte doch nicht ganz das Wesen derselben treffen. Lindau schließt weit über das Ziel hinaus, wann er nicht nur die gewiß vorhandenen Auswüchse gezeigt, sondern sich direkt gegen jede Kritik wendet, die nicht etwa, gleich der von Frik Marlow, und fügen wir hinzu, gleich der, welche Paul Lindau in letzter Zeit mit Vorliebe pflegt, gegen den offensiven Kritikismus gerichtet ist. Seltsam daß gerade Lindau solche Empfindlichkeit zeigt, seitdem er unter die Theaterdichter gegangen, er, welcher in scharfer, ja überwiegendem Berurtheilung unserer bedeutendsten Beeten seine literarischen Spuren verdiente, dessen Namen nicht nur wegen des Titels eines seiner Bücher, sondern auch wegen dessen Inhalt von dem Begriffe literarischer Rücksichtslosigkeit trennbar ist. Jedenfalls ist Lindau nicht ganz berechtigt zu solchem Vorbehalt, er gehört nun einmal selbst zum literarischen Federbiech und „ein schlechter Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt“.

Sehr markant äußert sich Karl Frenzel, der von Lindau am meisten angearzte Kritiker der „National-Btg.“ Er sagt im Eingang seiner Besprechung:

Die Absicht Lindau's, sich selbst in diesem Stücke als wieder auferstandenen Lessing der deutschen Nation zu verkünden, und alle zeitge-

große Verwaltungsreform zu einer Verkürzung der Rechte führen müßte, welche die hessische Bevölkerung auf Grund der Gemeindeordnung von 1834 besitzt. Nachdem durch vertrauliche Befreiungen dieses Mißverständnis beseitigt worden ist, scheint kein Grund mehr vorhanden, an der freudigen Befreiung auch der hessischen Abgeordneten an dem großen Reformwerk zu zweifeln. Auf demselben Wege, der hier zu dem erwünschten Ziele geführt hat, wird auch in andern Landesteilen etwa auftauchenden Bedenken erfolgreich begegnet werden können. Es ist besser, daß dieses auf vertraulichem Wege im Voraus geschieht, als wenn erst im Abgeordnetenhaus selber Klagen laut werden und unter allerlei störenden Einflüssen begegnet werden müssen.

Einer heute Vormittag hier eingetroffenen Bavarthemeldung zufolge war bis zum heutigen Morgen noch keine Bestätigung für die Nachricht von dem Uebertritt Don Carlos' auf französisches Gebiet, resp. dessen Internierung derselbst, in Paris eingegangen; die Reserve, welche wir gestern in Bezug auf diese Meldepflücke beobachteten, war also sehr am Platze. Durch die Verspätung der offiziösen Bestätigung ist natürlich die Möglichkeit des Uebertritts noch keineswegs aufgehoben; denn bedrohlich ist die Lage der um Trun konzentrierten Carlisten angesichts der Annäherung Loma's und Laserna's mit ansehnlichen Streitkräften in hohem Grade. Seiner Niederlauffahrt aber würde der edle Sprosse der Bourbonen die Krone aufsetzen, wenn er jetzt, in dem Augenblick der Gefahr, die Seinen, die hier ihr Blut und Gut geopfert, verliege und feige ausreise. Die Nachricht der legitimistischen „Union“, Don Alfonso sei in wichtiger Mission nach den europäischen Höfen gefandt, ist in Anbetracht der Thatsache, daß er in Prag erwartet und dort Alles zu längerem Aufenthalt vorbereitet wird, inköig. Er könnte allerdings dort die Mission haben, von dem österreichischen Ferdinand und den Deposedritten, die sich in Österreich aufzuhalten, Geld für seinen Bruder zu erpressen; am wahrscheinlichsten aber ist, daß die kluge Ratte bei Zeiten das lecke Schiff verlassen und das liebe Leben in Sicherheit gebracht hat. Lieber das Bombardement auf Trun melden die neuesten Nachrichten der „König-Btg.“, daß die Carlisten das Feuer am Freitag Abend eingesetzt haben. Die in der Stadt entstandenen Feuerbrünste sind bald gelöscht worden. General Loma war Nachmittags in Trun erschienen, haite sich aber bald wieder entfernt, um Verstärkungen zu holen. Die ganze Nacht vom Freitag auf Sonnabend hat man keinen Schuß in beiden Lagern abgefeuert. Die Carlisten schwören bei der Mutter Gottes vom Pfeiler, daß sie sich mit dem Bayonnette der Stadt bemächtigen werden, sobald die Kanonen eine Breche gemacht haben würden. Es sind übrigens wenig Aussichten vorhanden, daß die Carlisten in die Verlegenheit kommen werden, ihren Schwur wahr zu machen.

## Lokales und Provinziales.

Posen, 10. November.

— Aus Trzemesno geht dem „Kurier Poznanski“ die Mitteilung zu, daß das dortige Kreisgericht die Umänderung des Namens der Stadt in „Tremeszen“ aus praktischen Gründen, um Kosten und Arbeit zu vermeiden, abgelehnt habe. Das Gericht soll seine Ablehnung damit begründen, daß die Namensänderung nicht durch Kabinettsordre, sondern durch den Oberpräsidenten (soviel und sofern durch den Regierungspräsidenten von Bromberg, Herrn v. Wegner. — Red. d. Posener Bz.) verfügt worden ist.

— Bei Gelegenheit der internationalen Hopfen-, Bier- u. Ausstellung in Hagenau im Elsaß ist der Hopfenbau in Neuturmitz mit der silbernen Medaille prämiert und dem Kommissionsrat Flatau in Berlin, welcher als Delegierter für den landw. Provinzial-Verein zu Posen in Hagenau war, für seine Verdienste um den Hopfenbau die Mitarbeiter-Medaille verliehen worden. Es ist dies die einzige Medaille dieser Art, welche für praktischen Hopfenbau verliehen wurde.

— Unsere telegraphische Meldung über die Entscheidung des Obergerichts in der Gerstelschen Angelegenheit ergänzen wir durch folgenden ausführlichen Bericht der Berl. Börs. Bz.:

Gestern vereinigten sich die beiden Abtheilungen des Obergerichts-Senat für Strafsachen zu einer Befreiungsverhandlung, in welcher die für unsere handelsrechtlichen Verhältnisse wesentliche Frage entschieden wurde: „Ist ein Vorstandsmittel einer eingetragenen Gesellschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat, wegen Bankrotts zu bestrafen, wenn dasselbe solche Handlungen sich schuldig gemacht

nötigen Dichter neben sich als arme Schlucker hinzustellen, mag recht gut sein, aber „ein Erfolg“ begleite sie nicht.

\*

Herr Lindau hat übrigens dem „Börsen-Courier“ folgende Botschaft übersandt, welcher dieselbe einfach zum Abdruck bringt:

In Ihrer Besprechung meines Lustspiels „Ein Erfolg“ legen Sie mich davon in Kenntniß, daß „wie die Fauna behauptet“ ein bestimmter Schriftsteller mir zu der Figur des Dr. Claus „Modell gesessen habe.“ Dem ist nicht so. Ich habe bei der Figur des Schriftstellers, der nichts fertig bringt und sich über seine schöpferische Ohnmacht beständig mit dem Trostspruch beruhigt, daß er es den Leuten schon noch zeigen wird“, nicht im Entferntesten an diese oder jene Persönlichkeit gedacht, sondern nur ein Exemplar der bekannten Gattung geistiger Schuldenmacher zeichnen wollen. Nichts weiter. Wenn die Fauna Recht hätte, wenn ich wirklich hätte verleiten lassen, einen Kollegen dem Gelehrten des Parterres auszusezen, so wäre ich der erste, der eine solche Geschmackwidrigkeit mit derjenigen Rücksichtslosigkeit, die Sie mir zu vindicieren die Güte haben, verurtheilen würde. Paul Lindau.“

\* Ein Sieg der deutschen Sprache. In einem newyorker Blatte finden wir nachstehende Thatsache bemerkt: „In dem Normal-College (Ehrenturnen-Seminar) der Stadt Newyork müssen die Schülerinnen sich für eine der modernen Kultursprachen entscheiden. Die Option ergab folgendes Resultat: Von 1150 eingeschriebenen Studentinnen entschieden sich 918 für deutsch, 187 für französisch, 45 waren abwesend. Bei der gewählten Sprache müssen sie während des ganzen dreijährigen Kurses verharren. Diese „Abstimmung“ ist gewiß sehr bezeichnend für die anerkannte Wichtigkeit der deutschen Sprache und für die veränderte Geistesrichtung der newyorker Damen.“

\* Das Heirathen im Luftballon scheint in Amerika jetzt Mode zu werden. Newyorker Zeitungen enthalten folgende Depesche aus Cincinnati: „Eine sehr erfolgreiche Ballonfahrt machte heute Nachmittags (19. Oktober) Professor Donaldson, begleitet von einer aus sechs Personen bestehenden Hochzeitsgesellschaft. In der Höhe von etwa einer Meile über der Stadt wurde die Trauung vollzogen. Der Ballon fiel ungefähr drei Meilen von dem Orte des Aufstiegs glücklich nieder.“

hat, wie sie §§ 281 und 283 des R.-Str.-G.-B. bezeichnet sind?" Oder in allgemeiner Fassung: "Fallen unter den vom R.-Strafges.-B. in seinen Bestimmungen über Bankerut gebräuchten Begriff „Kaufleute“ auch die Vorstandsmitglieder von Gesellschaften, die im Sinne des deutschen Handelsges.-B. als Kaufleute gelten?"

Der Rittergutsbesitzer und Kaufmann Hugo Gerstel in Posen, Vorstandsmitglied des früheren Vereins „Vorschuss-Verein zu Posen, eingetragene Genossenschaft“, wurde wegen wiederholter Unterschlagung und wegen einfachen Bankeruts in Folge unordentlicher Führung der Handelsbücher vom Schwurgerichtshofe zu Posen zu 4 Jahren Gefängnis und zum Verlust der burgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß legte der Angeklagte die Nichtigkeitsbeschwerde ein, in welcher unter Anderem behauptet wird, daß die Anwendung des § 283 des Reichs-Strafgesetzes, betreffend den einfachen Bankerut, durch den Spruch der Geschworenen nicht begründet sei, weil in demselben nicht festgestellt worden, daß Angeklagter als Kaufmann die Zahlungen eingestellt habe, daß er seine Zahlungen eingestellt habe, daß sie keine Übersicht seines Vermögens gewähren. Nachdem seitens des Referenten die der Verhandlung des Obertribunals zu Grunde liegenden Akten verlesen worden, führte Justizrat Mecke, als Verteidiger des Angeklagten, unter Anderem aus, daß für die erwähnte Argumentation der Nichtigkeitsbeschwerde der Wortlaut der fraglichen gesetzlichen Bestimmungen (§ 281: „Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben“) spreche und dieser auch mit den allgemeinen Ausschreibungen, welche den §§ 281 und 283 zu Grunde liegen, in Einklang stehe. Speziell spreche für die wortgetreue Ausfassung des § 283 des Strafgesetzbuchs, daß eine wesentliche Voraussetzung der Strafbarkeit des Bankeruts die Zahlungs-Einstellung sei, diese aber nach den Vorschriften des Handels- und Kontursrechts gegen den Willen des einzigen Vorstands-Mitgliedes einer Aktiengesellschaft, Genossenschaft beschlossen und durchgeführt werden kann, und es strafrechtlich nicht angehe, in solchen Fällen das Vorstandsmitglied, welches die Zahlungs-Einstellung nicht vertheidigte, ja nicht gewollt habe, für dieselbe verantwortlich zu machen. Dieser Ausführung gegenüber beantragte jedoch der General-Staatsanwalt Weber die Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde: Aus dem Wortlaut des Strafgesetzbuchs über den Bankerut bemerkte der General-Staatsanwalt, folge nicht, daß der betrügerische oder einfache Bankerut straflos bleiben sollte, wenn der Bankerut einer Handelsgesellschaft in Rede steht. Angeklagter hätte für Rechnung und im Namen des Boerner Vorschußvereins, welcher als eingetragene Genossenschaft als Kaufmann im Sinne des deutschen Handelsgesetzbuchs gilt, gewerbsmäßig Handelsgeschäfte betrieben und war dessen Vorstandsmitglied gewesen. Nach dem Bundesgesetz vom 4. Juli 1868 ist der Vorstand der Genossenschaft verpflichtet, Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Bücher der Gesellschaft geführt werden, woraus nothwendig zu folgern ist, daß die Vorstandsmitglieder die Gesellschaft, als eine finanzielle Person, physisch repräsentieren und demnach für die Unterlassung der Buchführung oder für die unordentliche Führung der Bücher, gegenüber dem § 283 des Strafgesetzbuchs verantwortlich zu machen sind. Für diese Auslegung des § 283 des Strafgesetzbuchs spricht vor Alem die durch die Creditverhältnisse und die öffentliche Sittlichkeit bedrohte Nothwendigkeit. Denn die Waffen, welche das Geist gegen betrügerische und leichtsinnige Manipulationen der Handelstreibenden an die Hand giebt, dürfen nicht gerade da fehlen, wo die Ausdehnung des Geschäftsverkehrs und die großartige Anspannung des Credits, wie bei Aktien-Gesellschaften, Genossenschaften etc. ihre Anwendung am meisten nothwendig macht.

Nach einer längeren Beratung erkannte das Obertribunal auf Verrichtung des Erkenntnisses des Schwurgerichtshofes zu Posen und auf Freiheitsspruch des Angeklagten von dem Vergehen des einfachen Bankeruts und entschied somit die oben formulirte Rechtsfrage im vernetzenden Sinne.

Es wird also danach vor der Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts gegen H. Gerstel wegen Unterschlagung verhandelt werden. § 246 des Strafgesetzbuchs besagt: Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in B. sit. oder Gewahrsam hat, sich rechtswidrig zugeignet, wird wegen Unterschlagung mit Gefängnis bis zu drei Jahren, und, wenn die Sache ihm anvertraut ist, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

x. Nehli's physikalische Vorstellungen. Im Saale des Hotel de Saxe gab Dr. Nehli zum ersten Mal in unserer Stadt am Sonntage und Montag vor zahlreichem Publikum physikalische Vorstellungen, und zwar aus dem Gebiete der Reibungs- und Berührungselektrizität. Der Vortrag des Herrn Nehli ist überaus populär, so daß selbst Dejerine, der keine Idee von der Ursache der vorgeführten Erscheinungen hätte, doch eine ungefähre Vorstellung davon bekommt. Die Experimente gelingen vorzüglich und versüßt Dr. Nehli über eine große Anzahl vortrefflicher Apparate. Die Elektrifismaschine, mit der die Erscheinungen der Reibungselektrizität zur Ansicht gebracht werden, leistete trotz des gefüllten Saales am Montag und der durch das Album der zahlreichen Anwesenden erzeugten Füchtigkeit Funken von außerordentlicher Länge, und ebenso gelangen die mitteleiner groben Batterie von 30 Kohlen 20 Elementen vorgeführten Erscheinungen der Berührungs-Elektrizität und des Elektromagnetismus ganz vorzüglich. Die Vorstellung dauerte in drei Abtheilungen von 8 Uhr bis fast gegen 11 Uhr Abends. In der ersten Abtheilung wurden die Erscheinungen der Reibungs-Elektrizität mittelst der erwähnten Elektrifismaschine vorgeführt, Experimente auf dem Isolierschemel angestellt und die Einrichtung des Blitzeleiters erörtert, auch das Zünden des Blitzen mittelst Leiters sehr deutlich zur Ansicht gebracht; einer geschlossenen Kette von Zubehörern wurde Gelegenheit geboten, die physiologische Wirkung des elektrischen Funken in recht eindringlicher Weise sennen zu lernen. Als dann ging der Experimentalator zu den Experimenten mit der galvanischen Batterie über, führte Glüh- u. Schmelzungsversuche vor, stellte mittelst des galvanischen Stromes einen Elektro-Magneten von außerordentlicher Tragkraft dar und erläuterte in sehr anschaulicher Weise die Einrichtung des elektrischen Telegraphen, wobei auch die Anwendung derselben für Haus-Telegraphie gezeigt wurde. In drastischer Weise wurde die praktische Anwendung des galvanischen Stroms zur Sicherung von Geldschranken, Thüren etc. gegen Einbrüche experimentell bewiesen. In der zweiten Abtheilung des Vortrages führte der Experimentalator zunächst eine Reihe von komischen Erscheinungen vor und zeigte unter Anderem, wie man den galvanischen Strom zu einer großen Reihe von Taschenspieler-Kunststücken (zu der elektrischen Trommel, zu der wabesagenden Glocke, zu der tanzenden Blume etc.) verwenden kann. Es wurde eine Anzahl von elektromagnetischen Maschinen, und zwar gleichzeitig durch denselben Strom in Bewegung gezeigt, ferner gezeigt, wie man mittelst des Elektromagnetismus auf weitenweite Entfernung Pianoforte spielen kann, und die Anwendung derselben Kraft zur Erfordigung des scheintodten Zustandes an „Nehli's Schontodenlager“ erörtert. Die physiologische Wirkung nies der Experimentalator mittelst eines Ruhmorfischen Induktors und eines elektrischen Bades nach. In der dritten Abtheilung wurden in vollkommen verfinstertem Raume die Erscheinungen der Reibungselektrizität, ferner Geissler'sche Röhren und zum Schluss eine prachtvolle elektrische Sonne vorgespielt. Trotz des vollkommen verfinsterten Raumes verstand Dr. Nehli es, die Erscheinungen rasch und präzis herabzuführen. Der nächste Vortrag findet erst Sonntag den 15. d. M. statt.

x. Im naturwissenschaftlichen Verein werden am 26. November die diesmaligen öffentlichen 6 Wintervorträge beginnen, und zwar mit einem Vortrage des Ingenieurs Mayer über „die Küste und das Innere von Java.“ Am 10. November d. J. wird alsdann Dr. Lüdtge über den „Geldwert des Menschen“, am 21. Januar d. J. Herr Karl Möstel über „Darwinismus und Anthropogenie“, am 4. Februar Dr. Landsberger über das „Ohr und Hören“, am 18. Februar Stadtbaurath Stenzel über „Kanalisation“, am 4. März Dr. Pauly über „Bacterien“ sprechen. Die Vorträge finden seitens an einem Donnerstag zwischen je zwei öffentlichen Vorträgen, resp. am 19. November, 3. und 17. Dezember, 7., 14. und 28. Januar, 11. und 25. Februar, 11. März etc. versammeln sich die Mitglieder des

Vereins in dem chemischen Auditorium der Realschule zu engeren Versammlungen, in denen Mittheilungen über neuere naturwissenschaftliche Fortschritte gemacht und daran Diskussionen geknüpft werden sollen.

r. Die goldene Hochzeitfeier des Veteran Darmstadt'schen Chepaars fand gestern Vormittags in der St. Martinskirche in folgender Weise statt: Nach Abhaltung einer stillen Messe hielt der Dekan Kegler in Anwesenheit des Propstes Pendzinski von der St. Martinskirche die Anrede an das Jubelpaar in deutscher Sprache und erhielte dem Paare den Segen. Alsdann überreichte der Regierungspräsident a. D. Willemsbacher in Vertretung des Oberpräsidenten Günther unter Hinweis auf die Segnungen des Nationaldankes für Invaliden dem Chepaar den Beitrag von c. 50 Thlr. davon 20 Thlr. aus den Fonds des Kreiskommissariats und des Kuratoriums des Nationaldankes, 33 Thlr. als Ergebnis einer vom Kreiskommissariat in der Stadt Posen veranstalteten Sammlung. Der Feier wohnte ein zahlreiches Publikum bei.

r. Ein hiesiger Schneidermeister ließ gestern auf dem Centralbahnhof einen Schneidergesellen, der bisher bei ihm in Arbeit gestanden, verhaften, weil derselbe ihm einige Ellen Einfachband im Werthe von — 5 Sgr. entwendet hatte.

x. Der Postschaffner Alfred Nostalski aus Breslau, welcher 4700 Thlr. ihm anvertrauter amtlicher Gelder unterschlagen, wird flecklos verfolgt. Für die Ergreifung und Wiederherbeischaffung der entwendeten Gelder hat die kaiserliche Ober-Post-Direktion eine Belohnung von 250 Thlr. ausgesetzt. Von dieser Summe erhält der, welcher einen Theil des Entwendeten herbeischafft, einen verhältnismäßigen Betrag, der aber, welcher nur die Ergreifung des Nostalski bewirkt, 100 Thlr. Belohnung.

x. Diebstähle. Einem Kellner auf der Wilhelmstraße wurde vor gestern Abend ein Paletot mit Sammelkarten gestohlen. — Einem Koch wurde aus verschlossenem Zimmer eine Zylinderuhr im Werthe von ca. 8 Thlr. gestohlen.

XX. Bonn, 8. Nov. Am Freitag fand hier die feierliche Beerdigung des ehemaligen Pastors Eisner statt. Derselbe hat seit dem Jahre 1830 in der Gemeinde mit grossem Segen gewirkt. Am 18. Okt. d. J. hielt er seine Abchiedsrede und siegte am folgenden Tage nach Gnesen über, um dort im Hause seines Schwiegervaters, des Superintendenten Jähnike, nach rathloster Thätigkeit den Abend seines Lebens in stürmerischer Freude zu verbringen. Nicht lange war es ihm vergönnt, im Kreise der Seinen zu weilen. Schon am 3. Nov. verließ er. Die Leiche wurde zur Beerdigung nach Bonn übergeführt. Am 6. Nov., als am Begräbnistage, fand sich eine große Trauerversammlung ein. Auch der General-Superint. der Provinz Posen Dr. Cranz war erschienen, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Die Feier begann vor dem Pfarrhause unter Absingung eines Chorals. Darauf hielt der Schwiegersohn des Verstorbenen ein kurzes Gebet und der Zug bewegte sich vom Pfarrhause in die von Menschen überfüllte Kirche. Der mit Guirlanden reich geschmückte Sarg wurde vor dem Altar niedergelassen. Links von der Kanzel hing das wohlgetrocknete Bild des Verstorbenen, das die Gemeinde einst ihrem geliebten Seelsorger geschenkt hatte. Nach einer kurzen Trauerliturgie verlas der Pastor Klee aus Schiebus den Lebenslauf, d. r. die entscheidenden Wendepunkte im Leben des Entschlafenen hervorholte. Die Gedächtnispredigt hielt der Superintendent der Diözese Karlsruhe, Dr. Schröder aus Tirschtiegel, über Maith. 20, 8. Nachdem die Feierlichkeit in der Kirche beendet, bewegte sich der Zug auf den Friedhof. Voran ging die von den Lehrern geleitete Schuljugend, dann folgte die Geistlichkeit unmittelbar vor dem Sarge, hinter demselben schritten, begleitet von dem General-Superint. Dr. Cranz, die nächsten Verwandten des Verstorbenen, denen sich aus allen Schichten der Bevölkerung ein zahlreiches Trauergesoppe anschloß. Am Grabe sprach zuerst der von dem königl. Konfistorium befehlte Pfarrverweser von Bonn, Pastor Schiersand. Anknüpfend an die Worte: „Gedenke an eure Lehrer, die auch das Wort Gottes gefragt haben, welcher Ende schauet an und folgt ihrem Glauben nach“ (Hebr. 13, 7) leitete er die auf dem Grund des Glaubens sich erbaende Liebe, deren zarte Bunde dem in Gott ruhenden Seelsorger und seine Gemeinde unaufhörlich umschlingen. In Folge der langjährigen Amtswirthschaft habe diese Liebe immer tiefere Wurzeln geschlagen. Das Leben des Entschlafenen sei mit dem Leben der Gemeinde auf das innigste verschlungen gewesen. Nachdem der Superintendent Jähnike noch einige charakteristische Blüte aus dem Leben des Verstorbenen angesprochen, segnete der General-Superint. die Leiche ein. Den Schluss der Feierlichkeit bildete der Gefang des schönen Liedes: „Da unten ist Frieden“. Zahlreiche Kränze wurden dem theuren Seelsorger ins Grab geworfen, so daß der Sarg dicht mit Blumen bekleidet war. Er ruht an der Seite seiner im Jahre 1868 entschlafenen Gattin und hat sein Alter auf 74 Jahre gebracht.

XX. Braunschweig, 8. Novbr. [Kreislehrer-Konferenz.] Am 5. d. wurde hier die evangelische Kreislehrer-Konferenz der Diözese Braunschweig abgehalten. An derselben beteiligten sich 5 Geistliche und 30 Lehrer. Nach einer Lehrprobe des Kantors Sommer aus Schleusingheim referierte Kantor Pfeifer aus Ober-Braunschweig über das Thema: „Wie kann der Lehrer am wirksamsten dem Missbrauch und der Überbreitung des Rückbildungsgesetzes vorbeugen?“ Das Korreferat hatte Herr Rektor Lust. Nach Beendigung der Konferenz vereinigten sich fast sämtliche Mitglieder derselben zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen, an welchem auch die Geistlichen Theil nahmen.

x. Krotoschin, 6. Nov. [Die Schulverhältnisse] in unserer Stadt sind leider so auffallend ungünstiger Art, daß diejenigen einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden müssen, wenn endlich die nothwendige Umgestaltung derselben eintreten soll. Es betrifft dies vornehmlich die mangelhaften Volksstätten und Unterrichtsstätten, mit welchen diese Anstalten ausgestattet sind. Die lath. Elementarschule ist bereits auf den Standpunkt angelangt, daß sie der Schulplättigen Kinder überhaupt gar nicht mehr unterbringen kann, wenngleich sich in den unteren Klassen 120 bis 140 Schüler befinden, welche in einem engen Raum eingesperrt sind, und in einer der Gesundheit geradezu gesährlichen Stellung auf elenden Bänken mehrere Stunden buntreinander sitzen müssen. Die Besoldung der Lehrer an dieser Anstalt ist eine so färgliche und das Pensionenverhältniß derselben ein so flümmliches, daß z. B. der fürstlich veninierte Hauptlehrer R., nachdem er sein 50jähriges Amtsjubiläum begangen hatte, eine Pension von jährlich — 61 Thaler erhält. Der projektierte Aufbau einer zweiten Etage auf das Schulgebäude, zur Gewinnung von neuen Klassenzäumen, ist bisher aus unbekannten Gründen nicht zur Ausführung gekommen. — Die evangelische Elementarschule leidet in der Hauptstadt an denselben Mängeln, nur daß sie mehrere Decennien hindurch sich noch in dem fast unglaublichen Halle befinden hat die Keller-Räume des Gebäudes und einen Theil des angrenzenden Hofs zu Gefängnissen für das Kreisgericht hergeben müssen und dadurch der Schuljugend das traurige Bild der Verbrecher täglich vorgeführt wurde. In jüngster Zeit kommt die liebe Schuljugend sogar einen ihrer eigenen Lehrer, eines gemeinen Verbrechers angeschlagen, als Gefangener nach den mit dem Schulhofe in so unheimigem Verhältnisse stehenden Volksstätten abführen sehen. Diesem Uebelstande soll nun endlich ein Ende gemacht werden, indem das neue Gefängnis-Gebäude für das Kreisgericht aufgebaut und in diesem Jahre schon unter Dach gebracht wird. Hinsichtlich der Klassenzäume wird dadurch jedoch nichts gewonnen, und da eine Theilung der überfüllten unteren Klassen durchaus erforderlich ist, schon um den Raum zur Aufstellung der normalmäßigen konstruierten Subsellien zu gewinnen, so ist der Aufbau einer zweiten Etage auf das Schulgebäude dringend geboten, und hoffentlich wird der bisher abgegrenzte Gefängnishof zur Erweiterung des Schulhofes als genügender Erholungsort für die Schüler und zur Aufstellung der Turnerathè für die täglichen Übungen gewonnen werden. — Das königliche Wilhelms-Gymnasium hier selbst befindet sich in Räumlichkeiten, welche den anerkannten Bedürfnissen und den bestehenden gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Raumverhältnisse, der Beleuchtung, der Ventilation etc. gradezu höhn sprechen, und es ist kaum glaublich, daß zehn Jahre darüber hingehen könnten ohne den anerkannten Mängeln dieser höheren Lehranstalt durch bauliche Veränderungen abzuhelfen.

Wie wir vernehmen, ist nun endlich von der Idee des Umbaus des alten Schulbaues, eines ehemaligen Klosters, Abstand genommen und das einzige Richtige, — der Neubau eines Gymnasial-Gebäudes nebst Turnhalle beschlossen worden. Möchte die Ausführung dieses Projektes mir nicht zu lange auf sich warten lassen und der nächste Staatshaushalt die Baustoffe in sich aufnehmen. Unser Nachbar-Gymnasium in Ostrowo hat es in Bezug auf die erforderlichen Bauleidenschaften in den letzten Jahren viel weiter gebracht, die große Aula restaurirt und in diesem Jahre eine splendide, ausgestattete Turnhalle im Werthe von fast 7000 Thlr. erhalten. Zum Neubau unseres Gymnasiums sind noch mehrere Baupläne in Aussicht genommen, welche leider dem Zwecke fast durchweg nicht entsprochen und namentlich möchten wir von der Wahl des Platzes, gegenüber der evangelischen Elementarschule abraten, weil das angrenzende Militär-Kasino, der nahe befindende Glockenturm der evangelischen Kirche und die unmittelbare Nähe der Elementarschule selbst große Unzuträglichkeiten für das Gymnasium mit sich führen dürfte. Dennoch möchte aber der Bauplatz in diesem Stadttheile gewählt werden, weil derselbe einschließlich des großen Ringes die größte Zahl der Schüler stellt, wogegen der nordöstliche Stadtteil mit der Kosminer und Kalischer Straße nur ein geringes Kontingent liefert. — Die städtische höhere Töchterschule hier selbst ist äußerlich am Besten ausgestattet, wird vorzüglich geleitet und durch die Mutterwirkung zweier geprüfter Lehrerinnen ihres Berufs unsere weibliche Jugend entsprechend auszubilden und zu erziehen entgegengeführt.

g. Kreis Kröben. [Seminar-Uebungsschule.] Am 16. d. M. wird in Kamisch die mit dem Seminar verbundene dreiklassige deutsche Uebungsschule eröffnet. Diejenigen Kinder, welche bisher keine Freischule gehabt haben, müssen beim Besuche der Seminarschule das für die dortige Simultan-Schule festgelegte Schulgeld nach wie vor an die Kämmererschule zahlen, für bisherige Freischüler, resp. Freischülerinnen ist der Unterricht auch in der Seminarschule unentbehrlich.

w. Schrimm, 8. Novbr. [Vortrag. Kindesmord.] Gestern hielt im Verein für Fortbildung und Gesellschaft der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Görsl einen Vortrag über „Römische Schauspiele.“ Wie sehr es auch anuerkennen ist, daß die hiesigen Männer der Wissenschaft sich der Mühe, durch belehrende Vorträge das geistige Leben im hiesigen Verein zu heben, unterziehen, so wäre es doch, um dem großen Theil der Vereinsmitglieder gerecht zu werden, gerathener, wenn näher liegendere Thematik, z. B. aus dem volkswirtschaftlichen Leben etc. zum Vortrage gebracht würden. — Vor einigen Tagen sind hier 2 Dienstmädchen verhaftet worden, weil sie beschuldigt sind, ihre in der Stille geborenen Kinder umgebracht zu haben. Beide haben ihre That eingestanden; die eine hat ihr lebendig geborenes Kind in die Wanne geworfen, die andere ihr nach ihrer Aussage tot geboren in aller Stille auf dem hiesigen kathol. Kirchhof begraben. Letzteres ist auf Requisition des Staatsanwalts aufgegraben und sejrt worden. Dem Urteil des Kreisphysikus Dr. L. nach soll wirklich das Kind tot zur Welt gekommen sein.

(a) Stenshewo, 1. November. [Schulbau.] Nach langer Zeit des Harrens! hat die hiesige evangelische Schulgemeinde endlich die Freude, ein neues geschmackvolles und geräumiges Schulhaus aufgeführt zu feiern. Zum Bau derselben nebst Stellung hat die Gutsschaff von Stenshewo der evangelischen Schulgemeinde 4000 Thaler und ein Grundstück von 228 Du. Nutzen geschenkt. Am 19. v. Mts. hat die Einweihung des Schulgebäudes stattgefunden, an welcher außer den zahlreichen Schulgemeindemitgliedern auch der Distrikts-Kommisarius und Bürgermeister Herr Pfeiffer von hier, der Lokal-Schulinspektor Herr Kroschel aus Krossno bei Moschin und mehrere Lehrer der Parochie teilnahmen.

# Bronkow, 9. Novbr. [Die erste Ziviltrauung mit vermehrter kirchlicher Einsegnung.] Daß der Bräutfranz auch nach Einführung der Zivilehe seine kirchliche Bedeutung nicht verloren hat, darüber sind wir durch den Herrn Pastor Talleberg eingehend belehrt worden. Ein junges Brautpaar vom Lande erscheint gestern vor dem Standesbeamten zur Aufnahme des Trautes, erbält die vorgeschriebene Bescheinigung und eilt mit den bereits versammelten Gästen nach der nahen Kirche, um noch den vorher bestellten kirchlichen Segen zu empfangen. Der genannte Geistliche, mit einer Taufhandlung in der Kirche beschäftigt, sieht den Hochzeitszug in die Kirche einziehen, bemerkt aber, daß die Braut nicht mit einem neuen Kleide, sondern auch mit einem Kranz geschmückt ist. Dieser Kopfschmuck muß zu dem Profil in seinem architektonischen Verhältniß gestanden haben, denn alsbald verläßt der Pfarrer die Kirche und es ergibt durch den Küster an die Braut die Weisung, den Kranz abzulegen, weil sonst die Trauung nicht erfolgen würde. Der Bräutigam weigert sich fürs entzlosen und da der Pfarrer auf seine Forderung besteht, verläßt das Brautpaar und mit diesem der ganze Hochzeitszug geräuschlos, wie sie gekommen, die Kirche, den Bescheid an den Pfarrer hinterlassend, daß die kirchliche Trauung ja nicht mehr nötig sei. Der Kanor, von diesem Gangen nichts ahnend, hatte inzwischen die Orgel bestiegen und nach einigen einleitenden Bräubluden mit kräftiger Stimme das Lied: „Auf Gott und nicht auf meinen Rats“ intoniert, bis er unvermuthet von dem Küster auf die Schulter geklopft und ihm bedeutet wird, er habe genug gesungen, die Kirche sei schon leer.

Hört' auf, mein Freund, mit Orgelspiel  
Und zahl' das Geld zurück;  
Die Ehe bleibt in Zivil.

Der Bräutfranz hat' kein Glücke.

Zum Schluß noch die sehr bescheidene Anfrage: Nach welcher kirchlichen Verordnung ist der Bräutfranz nicht bloßer äußerer gebräuchlicher Schmuck, sondern das Zeichen der Jungfräulichkeit?

## Aus dem Gerichtssaal.

z. Posen, 10. November. [Vier interessante Preßprozesse] bildeten heute Vormittag den Gegenstand der öffentlichen Verhandlung der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts.

Die Nr. 147 des „Kurier Poznański“ brachte ein vom 29. August er. datirtes Schreiben aus Zions. Dasselbe hatte die Einführung des bekannten Bischofs Kubicek als Propst der Parochie zu Zions zum Gegenstande. Gleich im Anfange des Artikels erzählt der „Kurier“ seinen läudigen Leidern die entsetzliche Wahr, daß der Patron der Kirche zu Zions, Herr K. en nem an, es gewagt habe, für die erleidete Propstei dafelbst den „berüchtigten“ Bischof Kubicek zu präsentieren. Der warnende Engel sei aber bereits in der Person des „wachsamen“ Defans „Kiezniewski“ eingetroffen, „um auf dieses Unglück vorzubereiten“ und Verhaltungsmäßig

Einem anderen Prozeß lag folgende Thatsache zu Grunde: das in Krakau erscheinende ultramontane Tageblatt „Cas“ enthält in seiner Nummer vom 15. August er einen längeren aus Posen datirten Schmähartikel. Darin heißt es unter Anderem:

„Die Gewaltakte und Verfolgungen gegen Alles, was katholisch und polnisch ist, sind schon so rücksichtslos und machen sich so wenig aus dem Scheine der Gesetlichkeit, daß sie fast ins Völkische übergehen. Die höchsten Behörden sind nur Ausführer der Kaprizen und schlechtesten Denunziationen der höchsten deutsch-jüdischen Organe, der Posener und Ost. Zeitung. So hat es der „Posener Zeitung“ gefallen, das Kloster der Karmeliterinnen zu denunzieren, daß sich in demselben eine Nonne wider ihren Willen unter Verfuhr versteckt befindet.“ Was für eine Freude würde es gewesen sein, wenn es gelungen wäre, das Kloster zu kompromittieren und eine posener Ausgabe der Barbara Ubril in die Welt zu setzen. Kaum, daß die Denunziation im Druck erschienen war, so hat auch bereits am Tage darauf der diesen großen Leitern der öffentlichen Meinung gehorsame Oberpräsident eine Revision mit einem Apparate von Kriminal-Gerichts- und Polizeibehörden verfügt, welcher gegen 6 Stunden jeden Winkel des armen Klosters gestürmt und eingenommen hat, natürlich ohne Erfolg, weil die gefuchte Person in das Franziskanerkloster zu Gniezen, und nicht in das der Karmeliterinnen zu Posen eingetreten ist und sich, gleichzeitig mit derselben verwiesen, jetzt in Lemberg befindet. Der Oberpräsident und dessen Helferhelfer hätten hiervom, statt Vorheeren durch Überfallen eines ruhigen Klosters zu plücken, von der in Posen wohnhaften Familie der gefuchten Nonne Kenntnis erhalten können. Da man die Erfolgslosigkeit der Nachsuchung einsah, hat man, um sich an den Karmeliterinnen schadlos zu halten, Eine nach der Andern zu Protokoll darüber vernommen, ob sie zum Eintritt in den Orden nicht gezwungen worden und ob sie keine Lust zum Austritt aus dem Orden hätten.“ Dann weiß der originelle Artikel-Fabrikant seinen krakauer Lesern zu erzählen, daß es hier „schon kein Gesetz enthalte.“

\*) Der Korrespondent des „Cas“ behauptet hiermit eine Unwahrheit. Nicht der „Posener Zeitung“ hat es gefallen, das Kloster zu denunzieren, sondern wir hatten diese Nachricht einer posener Korrespondenz, wie wir damals erklärten, als Gerücht entnommen, ohne für deren Richtigkeit Bürgschaft zu übernehmen. Neben die Schmähungen, welche der Artikel gegen unsere Zeitung enthält, sagen wir kein Wort, werden auch nicht den Staatsanwalt bemühen, sondern überlassen das Urteil dem unparteiischen Publikum.

Redaktion der Posener Ztg.

Gäbe, auch öffne man ohne Weiteres auf der Post Briefe und Paquets, gleichviel, an wen sie adressirt sind. Schließlich bemerkt der besorgte Correspondent, daß das Großherzogtum Posen sich offenbar im Belagerungsstand befindet; dieser sei deshalb nur nicht in legaler Weise proklamiert, um den hiesigen Deutschen den Geldkredit nicht zu verbauen. (O sancta simplicitas!)

In Folge dieses und noch eines andern, in der Nummer des „Cas“ vom 12. August c. enthaltenen, gleichfalls aus Posen datirten Artikels, in welchen in ebenso erbärmlicher Weise wieidlich auf das „moderne“ deutsche Kaiserreich und namentlich über die Anerkennung der spanischen Regierung geschimpft wird, wurden die hier in Posen vorhandenen Exemplare der beiden erwähnten Nummern des „Cas“ politisch in Beischlag genommen und heute über die Unbrauchbarmachung derselben verhandelt. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen der Staatsanwaltschaft durchweg an und erkannte auf Bestätigung der Beschlagnahme und Unbrauchbarmachung der beiden Nummern (184 und 185) der Zeitschrift „Cas“ in allen Exemplaren, welche noch vorgefunden werden, da der erste Artikel wesentlich enthielt, resp. erwiderte Thatsachen enthalte, um dadurch staatliche Einrichtungen und obigezeitliche Anordnungen verächtlich zu machen, der zweite Artikel aber Bekleidungen Sr. Majestät des deutschen Kaisers enthalte.

Neber die beiden anderen Preßprozesse werden wir morgen Bericht erstatten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

### Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 10. November. Im Reichstage fand die dritte Beratung des Gesetzentwurfs wegen Einführung der Reichsmünzgesetz in Erfurt-Wehringen statt. Gegenüber dem elässischen Abgeordneten Simonis, welcher unter Hinweis auf den Mangel an Reichsmünzen die Beibehaltung des Frankenystems befürwortete, hob der Regierungskommissar v. Pommersche hervor, die Regierung habe durch Sendung von acht Millionen Mark in Gold und 420,000 Mark in Silber dem allerdings vorhandenen Geldmangel in den Reichslanden einstweilen möglichst abgeholfen. Das Marksystem sollte die Franken aus den Reichslanden nicht vertreiben, nur die Basis für die Berechnung der Amtsbehörden bilden. Brs. Delbrück erklärte, die Regierung werde nach der Gesetz-

einführung hinreichend Reichsmünzen in Umlauf setzen. Das Gesetz wurde darauf in dritter Lesung ohne Spezialdebatte angenommen. Sodann wurden Gesetzentwürfe, betreffend die Branntweinbesteuerung in den Hollenclaven und die Branntweinabgaben in Hohenöllern in erster und zweiter Lesung debattiert und für die dritte Lesung dem Plenum überwiesen. Es folgte die zweite Lesung der Markensatzgesetzes. Die §§ 1–7 wurden genehmigt, § 6 mit dem Zusatzantrag Miquel's, wonach die Markenregister in der Weise wie die Handelsregister im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden sollen. Nächste Sitzung morgen.

Berlin, 10. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet auf Grund eines madrider Privattelegramms, daß Don Carlos, der am 7. November aus noch nicht aufgeklärten Gründen über Hendaye auf französisches Gebiet übergetreten war, trotz der Seitens der spanischen Agenten in Bayonne in Paris behufs seiner Internirung gehalten Schritte am 8. November über Vera nach Spanien zurückgekehrt sei.

Berlin, 10. Nov. Gegenüber dem an der heutigen Börse kursierenden Telegramme von einer angeblichen Verkündung der Eingänge der rumänischen Bahnen aus Staatsgarantie und der Betriebsentnahmen an das Staatsbahnholsortium erfährt die „Börsenzeitung“ unterrichteterseits: Die Staatsbahn, die Diskonto-Gesellschaft und Bleicherder schlossen der rumänischen Eisenbahngesellschaft die Gelde beabsichtigung der letzten Baustrecke Pitești-Buciorovo vor. Die stipulierte Rückzahlung wird so lange echerlongt, daß inzwischen die Begebung der privilegierten Obligationen langsam und günstig erfolgen kann. An der Ertheilung des betreffenden Privilegiums durch die rumänische Regierung und Kammer wird nicht gezweifelt.

Paris, 10. Nov. Die „Ag. Havas“ bestätigt, daß die spanische Regierung am Sonntag angezeigt, Don Carlos sei in Hendaye, und zugleich dessen Internirung verlangte. In Paris stellte man in Abrede, daß Don Carlos nach Frankreich gekommen sei. Carlist-Depeschen melden: Don Carlos war am Sonntag in Puncta, nahe Béhobia, und kehrte Abends nach Vera zurück.

Rom, 10. Nov. Der seitherige englische Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhl, Gervase, ist abgereist, zunächst nach Lissabon.

### Stedbrief.

Der Knecht Nikolaj im Dienst des Steigföhrrmanns Wozniakowski aus Kotowo, ist gestern Abend mit dem ihm anvertrauten Führer, bestehend aus einem kompletten Wagen in Brettern, einem Fuchswallach, mit einer Blöße, auf das linke Auge blind, davonlaufen.

Der Knecht ist etwa 27 Jahr alt, von ziemlich großer und starfer Statur, von braunen Haaren, und mit einem grauen Paletot bekleidet.

Es wird um Festhaltung und Mittheilung gebeten.

Posen, den 10. November 1874.

K. Distrikts-Kommissarius von Komornik.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Kreise Schroda, Ortshafte Kijewo belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 9 eingetragene, den Casimir und Catharina Szczepański'schen Chelentein gehörige Grundstück, dessen Besitztum auf den Namen der Genannten berichtet steht, und welches mit einem Flächen-Inhalte von 48 Hektaren 53 Acren 80 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steinertrage von 311, 17 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungs-Wert von 30 Thlr. verlangt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 9. Dezember d. J.,

Vormittags um 11 Uhr, im Lokale des unterzeichneten Königl. Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schroda, den 2. Oktober 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastations-Richter.

Trzemeszno, den 5. Oktober 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Subhastations-Patent.

Das der Anna Louise verehelichten Nehring gehörige Grundstück Borowice-Wühle Nr. 1 im Kreise Mogilno soll im Termine

den 16. Dezember 1874,

Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Steinertrage von 188,83 Thlr. und mit einem Nutzungs-Wert von 93 Thlr. zur Grund- resp. Gebäudesteuer veranlagt worden und enthält an Gesamtumfang der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 119 Hektar 70 Ar 70 Quadrat-Meter.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenbuch, etwaige Abrechnungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, ingleichen befondere Kaufbedingungen, können in unserem Büro III. während der Geschäftsstunden eingesehen werden.

Alle diesigenen, welche Eigentum oder anderweise, zur Wirksamkeit gegen dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Praktision spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 18. Dezember 1874,

Mittags 12 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Der Subhastations-Richter.

### Konkurs-Eröffnung im abgekürzten Verfahren.

Egl. Kreisgericht zu Krotoschin, den 6. November 1874, Vorm. 10 Uhr.

Über das Vermögen des Gerbermeisters Salomon Jaroczyński zu Iduny ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 5. Novbr. c. Mittags 12 Uhr festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Albert Wenzel in Iduny bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 20. November c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar Herrn Kreisgerichts-Rath Leo im Zimmer Nr. 28 b. des hiesigen Gerichts anberaumten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldnern etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

20. Novbr. c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und alles, was im Vorbehalt ihrer ewigen Rechte, ebendaselbst zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben Pflichtberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur

Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche

an die Masse Ansprüche als Konturschuldiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben müssen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

18. Decbr. c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und alles, was im Vorbehalt ihrer ewigen Rechte, ebendaselbst zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben Pflichtberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur

Anzeige zu machen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier zu Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwälte Potsch, Arnold und Gabel zu Schwartau vorgezogen.

Der Kommissarius des

Konkurses

Für die Herren Schlossermeister wird gründlicher Unterricht ertheilt in Hoteltelegraphen, Läutwerken und den neuesten, zwei Jahre konstanten Batterien. Anmeldezeit: Freitag den 14., Bronkerstr. 4, 2. Et.

H. Nehli,

Physiker und Mechaniker.

### Otworzenie konkursu.

Królewski Sąd powiatowy

w Krotoszynie, wydział dla spraw cywilnych.

Krotoszyn, dnia 6. Listopada 1874.

przedpoludni o godz. 10-tej.

Do majątku Salomona Jaroczyńskiego, majstra garbarskiego w Zduńcu, otworzono konkurs kupiecki a dzień wstrzymując zapłaty ustalonego na dzień 5. Listopada 1874. przedpoludniem o godzinie 12-tej.

Tymczasowym administratorem massy ustanowionym zostało kupiec Albert Wenzel w Zduńcu. Wierzyścieli dłużnika wspólnego wzywamy, aby w terminie

na dzień 20. Listopada r. b.

przedpoludniem o godz. 11.

przed komisarzem radcą sądu powiatowego Leonem w pokoju nr. 28 b. tutajszego gmachu sądowego wyznaczonym, oświadczenie swoje względem utrzymania tego administratora lab ustanowienia innego tymczasowego administratora oddali. Zastawnicy lub inni

wiązniowie, lub administratorem massy doniesienie użycznego wszyscy jakowych praw, do wymionionego dnia terminu do massy konkursowej oddali. Zastawnicy lub inni z nim równo uprawnieni wierzyściele wspólnego powinni o rzeczech zastawnych w ich posiadaniu się znajdujących tylko doniesienie użycznego.

Zarazem wzywamy wszystkich, którzy do massy pretensje jakie wierzyście konkursowi rościć chcą, aby należytosci swojo, badż że takowe juz są wyskarzone lub nie, z prawem żądanego pierwszeństwa do dnia 18. Grudnia 1874.

włącznie u nas piśmennie lub do protokołu zameldowali i następnie w celu rozpoznawania wszystkich w czasie wspomnianym zameldowanych pretensji.

N. Knypinski, Gutbesitzer, Pudewitz, P.-Th. B.

Ein Garten-Etablissement,

verb. mit Restaur. u. Regelbahn ist so-

nebst Restaur.-Inv. zu verkaufen. Näh-

durch Kommissionär Scherer, Breite-

straße 1.

### Halle-Görlitz-Posener Verband.

Zum Tarife für den vorbezeichneten Verband ist ein Nachtrag VI. herausgegeben worden, gültig vom 1. d. M., welcher enthält:

1) Tariffälle für die Stationen Leipzig und Laucha.

2) Tariffälle zwischen Halle einerseits und Thorn und Bromberg andererseits,

3) Spezialtariffälle für Holzer unter 22' Länge ab Falkenberg nach Thorn, Bromberg, Inowraclaw und Gniezen.

Exemplare des Tarifnachtrages sind vermittelst der Stationsklasse in Posen zu beziehen.

Guben, den 6. November 1874.

Der Special-Director der Märk.-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Breslau-Warschauer Eisenbahn.

Auf Bahnhof Kempen beabsichtigen wir vier Robprodukte-Lagerplätze à 45

Marken vom 1. Januar 1875 ab zu verpachten.

Pachtlasten werden hiermit aufgefordert, ihre Offerten bis zum 1. Decembe r. c. Nachmittags

## Berpahtung von Rittergütern.

Das zur Herzoglich von Dino'schen Herrschaft Deutsch-Wartenberg gehörige Amt gleichen Namens, im Gründerkreise belegen, aus dem damit verbundenen Vorwerken D. Wartenberg, Böbenitz, Ertelsdorf, Nittritz und Saucha bestehend, soll auf 15 Jahre, von Joannis 1875 ab, vereinigt im Wege der Lization verpachtet werden und steht hierzu Termin an auf

**Wittwach,**  
**den 17. Februar 1875**

Vormittags 11 Uhr im hiesigen herzoglichen Amtsstaale.

Das zu verpachtende Areal sämtlicher Vorwerke beträgt 4000 Morgen oder 1021 Hektaren 28 Ar und 97 Meter, worunter circa 900 Morgen vorzüglicher Oder-Niederungsboden und ca. 600 Morgen Wiesen. Das Pachtgeld-Minimum ist auf 9000 Thlr., das von den Pachtbewerbern nachzuweisende disponible Vermögen auf 25.000 Thlr. und die Bietungs-Kaution auf 1000 Thlr. festgesetzt. Die speziellen Pacht- und Lization-Bedingungen sowie sonstige Nachweise können entweder bei dem Unterzeichneten oder in der Kanzlei des Herzoglichen Wirtschaftsamtes Untanckel bei Terespol in Westpreußen eingesehen, die von diesen Stellen gegen Erstattung der Kopialien abschriftlich bezogen werden.

Etwasige Auskunft an Ort und Stelle sind der Unterzeichnete und der Herzogliche Oberförster Sonntag allhier jeder Zeit zu geben bereit.

**Deutsch-Wartenberg,**

den 7. November 1874.  
Der General-Bewilligter für die Herrschaft D. Wartenberg, Direktor

**Bienengraeber.**

Zwei Häuser in bester Stadtgegend Berlins, sind gegen ein Gut zu verkaufen, es kann auch bar ausgezahlt werden. Das Näh. durch Kfm. P. Cohn, Berlin, Behnrichstr. 4.

Zum Schneiden von  
Bretter und Bohlen  
empfiehlt sich bei reeller und  
prompter Bedienung  
Bralitz bei Alt-Gleichen

**W. Pippow,**  
Dampfschneidemühlenbesitzer,  
Drainröhren 1½" und 2"  
auch Hohlsteine  
offerirt

**H. Senftleben**  
in Schrimm.

In der achten Hollance-Rindviehherde des Dominium Raake, 10 Minuten von Bahnhof Bohrau, Kr. Oels, entfernt, stehen

**Sprungfähige Bullen**  
zum Verkauf.

Billig verkäuflich  
8. B., 11 Jahr, Offizier-Chargenpferd,  
5' stott für jedes Gewicht.  
Unruhstadt, im November.

**de Graaff.**  
Ett. i. Pos. III. Regt. 10.



Der Bodverkauf  
in der Stammfährerei Ust-kow bei Krotoschin (2 utewitz-Merziner A. st. m. u. g.) hat begonnen.

**F. Koeppe.**

Der Bodverkauf  
der Raakse Stammherde  
hat begonnen.

I Klasse 30—40 Thlr.  
II Klasse 20—30 Thlr.

**Martins-Hörner**  
verschiedener Größe empfiehlt die Conditorei von

**A. Pfitzner,**  
am Markt.



Massive goldene Siegelringe  
für Damen zu 1½ bis 2 Thlr.  
für Herren 2½ Thlr.  
und höher.  
Ninge mit künstlichen Brillanten  
von überraschendem  
Effekt in solider Goldfassung zu 2 bis 5 Thlr., mit seinem Wert 10 Sgr. mehr,  
empfiehlt E. Schröter, Goldarbeiter,  
Dresden, Pillnitzer Str. 55. Zusendung  
franco gegen Nachnahme oder Einwendung  
des Betrages.

## Ausverkauf!

Wegen Verlegung meines Geschäfts verkaufe ich von heute ab sämtliche Bestände von:

Eis-, Stahl- u. Messingwaren, emaillierte und rohe Gußwaren, Haus u. Küchengeräte Thür- und Feuerbeschläge, Empfalte Werkzeuge für Tischler, Butteln und Rodemacher, Heerplatten, Rosse und Unterlagen G. f. und Blüthturen, gußeiserne Hiz. u. Kochöfen um damit rasch zu räumen zu bedeutsam herabgesetzten Preisen.

**Magnus Beradt,**  
Breitestraße Nr. 20.

Petroleum-Lampen,  
Petroleum-Kochmaschinen,  
Wiener Kaffeemaschinen,  
Berzelius-Kessel u. Lampen,  
Solinger Messer aller Art  
bei

**H. Klug,**  
Breslauerstraße 38.

**Marmor-** Fussböden, Treppen, Säulen, Kamine, Fensterbretter, Monamente, fertigt billiger die Marmor-Warenu. von Louis Herrnberger & Co., Berlin Wilhelmstr. 40a.

Eine neue Förderröhre 24 Zoll lang, fehlerlos, ist zu verkaufen. Zu erfragen bei Herrn

**M. E. Bickermann,**  
Posen, Bronnerstr. 10.

**Martinshörner** empfiehlt die Konditorei

**H. Moszczenski,**  
Nr. 11. Große Ritterstraße Nr. 11.

**Martins-Hörner** in allen Größen und verschiedener Füllung empfiehlt

**A. Neugbauer,**  
Berlinerstr. 15 b.

**Martinshörner** empfiehlt

**S. Sobeski.**  
Wilhelms- u. Neuerstr. Ecke.

Es empfiehlt den geehrten Herrn, täglich frisch  
Wurstsalatenwurst a Pf. 12 Sgr.  
Prezkopf a Pf. 10 Sgr.,  
gutes Schweine-Brötelfleisch  
a Pfund 7 Sgr.

ic. in ausgezeichneter Qualität die  
Wurstfabrik von

**J. Kubzmann,**  
Bronnerstr. 18.

Von heute ab  
täglich frische Austern  
um billigen Preise.

**Richard Fischer.**  
Kieler Sprotten a Pf. 10 Sgr.,  
ein g. bedeutend billiger bei

**A. Szule,** Wasserstr. 25.

**Martinshörner** von v. schiedener Größe mit  
diversen Füllung empfiehlt

die Conditorei von

**K. Stark.**

**Loose**

für 1. Klasse der  
Schleswig-Holsteinischen  
Landesindustrie-Lotterie

findet a 7½ Sgr. bis zum  
16. Novbr. c. in der Exped.  
der Pos. Btg. zu haben

Markt 92 ist eine Wohnung im ersten Stock sofort oder später billigst zu vermieten. Näheres beim Wirt.

Logis für 2 Personen, Parterre Was-  
serstr. Laden Nr. 5.



## Circus Krembs.

Mittwoch, den 11. November.

Große  
Benefiz-Vorstellung  
für die Clowns und Gymnastiker Herren  
Gebr. Smalbök.

Anfang 7½ Uhr Abends.  
**T. Krembs.**  
Director.

Eine kleine Wohnung für 55 Thlr.  
und eine für 75 Thlr. ist Bergstr.  
Nr. 4 im 2. Stock vom 1. Novbr.  
zu vermieten.

Bei dem königlichen Distrikts-Kommissariate zu Protzchen, Kreis  
Wirsitz, findet ein im Polizeisache  
erfahrener

## Bureau-Gehilfe

sofort Stellung.  
Gehalt 240 Thlr. jährlich. Persön-  
liche Reisekosten werden im Falle eines  
Engagements erstattet.

Ein routinirter, der  
polnischen Sprache mächtiger  
Bureau-Gehilfe

findet vom 1. December c. ab  
Stellung beim Districts-Amt  
in Strzałkowo.

Zum sofortigen oder mög-  
lichst baldigen Antritt wird  
auf dem Dominium Owieczki  
bei Gnesen ein zuverlässiger  
Hofbeamter

u. engagiren gewünscht.  
Ein erfahrener, beider Landessprachen  
und der Buchführung mächtiger unver-  
h. Hofbeamter wird sofort gewünscht.  
Wo sagt die Exped. der Posener Zeitung?  
Gehalt 100 Thaler bei freier Station.

Ein erfahrener gut em-  
pfahlener

**Brenner**  
wird für eine bedeutende Bren-  
nerei zum sofortigen Antritt  
zu engagiren gewünscht. Mel-  
dungen werden unter A. B.  
50 poste restante Kwidz ent-  
gegen genommen.

Ein unverh. deutscher Brenner, der  
polnischen Sprache mächtig, findet sofort  
Stellung, Attestatschriften unter d. Chiff  
G. T. in der Exped. d. Pos. Btg. erbeten.

**Die Hofbeamtenstelle**  
auf der Domaine Böllwitz  
bei Neustadt bei Pinne ist z. Neu-  
jahr f. J. zu besetzen. Ge-  
halt 100 Thlr. Meldungen  
finden dorthin zu richten.

**Ein anständ. Mädchen**,  
der Landwirtschaft und Küche kundig,  
beider Landessprachen mächtig, wird zur  
Stütze der Hausfrau bei 40 Thlr. Ge-  
halt auf dem Dom. Sarbinow.  
Schwenz zum 1. Januar 1875  
gesucht.

**Einen Lehrling**  
sucht zum sofortigen Antritt  
**Johannes J. Loewenthal,**  
Wasserstr. und Markt-Ecke.

Einen Laufburschen sucht die  
Buchhandlung von Joseph Jolowicz,  
Markt 74.

**Einen Lehrling**  
für Destillations-Geschäft zum sofor-  
tigen Antritt sucht

**O. F. Ernst,**  
Breslauerstr. 8.

Eine Aufwärterin kann sich melden  
bei **J. Caspari,**  
Mylus Hotel.

Zur selbständigen technischen  
Führung einer größeren  
Dampf-Delmühle & Raffinerie  
in Warschau wird ein tüchtiger und praktisch erfahrener  
Werkführer, welcher längere Zeit einer solchen Fabrik vorgestanden,  
zum möglichst sofortigen Antritt gesucht.  
Öfferten mit Copien der Zeugnisse werden  
unter Adresse: Leopold Meyer in  
Warschau franco erbeten.

Als Schneiderin, die in und  
außer dem Hause Nahaarbeit übernimmt  
empfiehlt sich

**Eichinska,** Fischerei Nr. 3.

**Eine gebildete Dame**  
gesetzten Alters, in allen Zweigen der  
Haush. und Landwirtschaft erfahren,  
noch in Stellung, sucht vom 1. Januar  
1875 als Repräsentantin Stellung  
Öfferten erbettet unter Chiffre F. I.  
Neustadt. B. Pinne poste restante.

Ein gebildeter deutscher Land-  
wirt, militärirt, kantonsfähig, bisher  
in renommierten Wirtschaften als  
Inspektor thätig, sucht dem entsprechend,  
bei Verstärkung eines Familien-  
anges, selbständ. Stellung in der Pro-  
vinz oder dem Ausland. Adressen sub  
N. A. I. Exped. d. Btg.

Ein junger Mann mosaischer Kon-  
fession, seit längerer Zeit im Coloni-  
alwaren- und Destillationsgeschäft  
thätig, dem die besten Zeugnisse zur  
Seite stehen, wünscht anderweitiges  
Engagement. Öfferten G. R. Ammon-  
en-Exped.

Eine kleine Wohnung für 55 Thlr.  
und eine für 75 Thlr. ist Bergstr.  
Nr. 4 im 2. Stock vom 1. Novbr.  
zu vermieten.

Bei dem königlichen Distrikts-Kom-  
missariate zu Protzchen, Kreis  
Wirsitz, findet ein im Polizeisache  
erfahrener

**Bureau-Gehilfe**

sofort Stellung.

Gehalt 240 Thlr. jährlich. Persön-  
liche Reisekosten werden im Falle eines  
Engagements erstattet.

Ein kleiner Hündchen, weiß mit  
gelben Flecken ist zugelaufen.

**Wilhelmsstraße Nr. 26.**

**Gefunden**

ein Haarsp. Derselbe ist in Empfang  
zu nehmen, wo? sagt die Exped. der  
Pos. Btg.

**Der Vorstand.**

Für die Mitglieder der Loge.

Sonntags, den 14. November: Ge-  
fehlige Zusammenkunft.

**Bekanntmachung.**

Zu der

Donnerstag den 12. No-  
vember d. J. 11 Uhr

Vormittags im kleinen Saal

der Oberpräsidialwohnung

anberaumten stattemäßigen General-

Versammlung werden die geehrten Wit-

glieder unseres Vereins ergeben ein-

geladen.

Posen, den 1. November 1874.

Der Vorstand des Vaterländi-

schen Frauen-Vereins.

**Clara Guenther,**

Vorsitzende

**Entbindungsanzeige.**

Meine liebe Frau Therese

geb. Sieburg, ist heute von

einem gefundenen Jungen glücklich

entbunden. Teilnehmenden Ver-  
wandten und Freunden statt be-  
sonderer Meldung.

Gnesen, d. 9. Novbr. 1874.

**Gustav Neumann.**

**Nachruf.**

Gestern reiste von Birnbaum nach

Kosten der allgemein geachtete Herr

Rector Kobelt, um dort sein Amt als